

No 90 | März 2018



IRSAKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

Raumbezogene Forschung und Praxis im Dialog

Reflexiver Wissenstransfer – Dialoge zwischen Forschung und Praxis

Ziele, Strategien, Formate – IRS-Konzept für den Wissenstransfer

Grand Challenges – gesellschaftsrelevante Forschung und Transfer

In dieser Ausgabe

| | |
|---|---|
| Theoria cum praxi als Dialog mit Politik und Gesellschaft | 5 |
|---|---|



| | |
|---|---|
| Von nachhaltiger zu resilienter Raumentwicklung: Strategien für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Regionen | 8 |
|---|---|

| | |
|--|----|
| Handlungsempfehlungen zu: Strategien für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Regionen | 10 |
| Wissenstransfer – Ausgewählte Aktivitäten und Impacts | 11 |



| | |
|---|----|
| Schlüsselfiguren, Netzwerke und Mobilität von Wissen: Förderung von sozialen Innovationen in strukturschwachen ländlichen Regionen | 12 |
|---|----|

| | |
|---|----|
| Handlungsempfehlungen zu: Förderung von sozialen Innovationen in strukturschwachen ländlichen Regionen | 14 |
| Wissenstransfer – Ausgewählte Aktivitäten und Impacts | 15 |



| | |
|--|----|
| Sozialräumlicher Wandel, Konflikte und institutionelle Reformen: Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Energiewende | 16 |
|--|----|

| | |
|--|----|
| Handlungsempfehlungen zu: Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Energiewende | 18 |
| Wissenstransfer – Ausgewählte Aktivitäten und Impacts | 19 |



| | |
|--|----|
| Stadtentwicklung und „autogerechte“ Verkehrsplanung: Historische Perspektiven und aktuelle Debatten | 20 |
|--|----|

| | |
|--|----|
| Handlungsempfehlungen zu: Historische Perspektiven und aktuelle Debatten | 22 |
| Wissenstransfer – Ausgewählte Aktivitäten und Impacts | 23 |



| | |
|--|----|
| Fragmentiert und multi-lokal: Neue Ankerpunkte für die Arbeits- und Wirtschaftswelt | 24 |
|--|----|

| | |
|--|----|
| Handlungsempfehlungen zu: Neue Ankerpunkte für die Arbeits- und Wirtschaftswelt | 26 |
| Wissenstransfer – Ausgewählte Aktivitäten und Impacts | 27 |

| | |
|------------------------------|----|
| Nachrichten aus dem Institut | 28 |
|------------------------------|----|

| | |
|---------------|----|
| Pressespiegel | 31 |
|---------------|----|

| | |
|-----------|----|
| Impressum | 35 |
|-----------|----|

| | |
|-------------|----|
| Personalien | 42 |
|-------------|----|

| | |
|-----------------------|----|
| Veranstaltungshinweis | 44 |
|-----------------------|----|



Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegende Ausgabe von IRS aktuell widmet sich mit ihrem Schwerpunktthema „Raumbezogene Forschung und Praxis im Dialog“ den Zielen, Strategien und Formaten des IRS-Wissenstransfers in die Gesellschaft. Folgende Eckpunkte unseres Transfer-Konzepts will ich hervorheben:

- Wir haben ein reflexives Verständnis von Wissenstransfer, d.h. wir verstehen Wissenstransfer als dialogischen Austausch zwischen Forschung und Praxis.
- Wissenstransfer ist integraler Bestandteil unserer Forschungsplanung wie unserer Forschungspraxis.
- Wir begreifen Wissenstransfer als beständiges Ineinandergreifen von Initiativen, die von uns geplant ergriffen werden, und von Nachfragen nach unserer Expertise, die „von außen“ an uns herangetragen werden.

Wie das in unserem Forschungsalltag funktioniert, wollen wir Ihnen im ersten Beitrag an ausgewählten Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit zeigen. Die Palette reicht dabei von einer Veranstaltung im Begleitprogramm des Zukunftsförums „Ländliche Entwicklung“, das das IRS im Rahmen der Grünen Woche in Berlin ausgerichtet hat, über verschiedene Dialog-Formate zum Thema der gesellschaftlichen Dimension und Steuerungsformen der Energiewende bis hin zur Mitwirkung im Kompetenzbeirat des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) für das Sendeformat „Brandenburg aktuell“ – um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

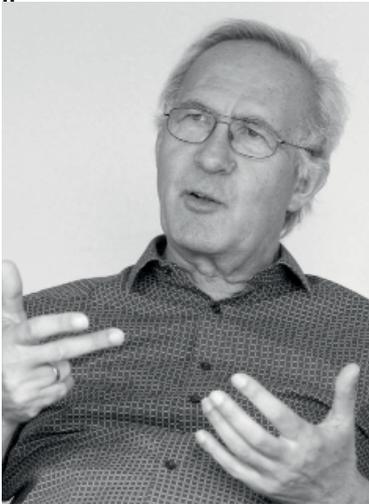
Anhand fünf ausgewählter Forschungsthemen, die wir in Projektclustern aus Grundlagen- und anwendungsbezogener Forschung bearbeiten, zeigen wir anschließend auf, wie wir Phänomene des aktuellen Wandels von Gesellschaft und Raum aufgreifen, welche Handlungsempfehlungen wir formulieren und wie wir unser Wissen in Veranstaltungen mit Praktikern, in Vorträgen und Beratungsgesprächen oder in Policy-Papers zur Diskussion stellen und damit als Informationsangebote in die Praxis vermitteln.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Dr. Heiderose Kilper

Das IRS trauert um Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Meusburger

Von Prof. Dr. Heiderose Kilper, Direktorin des IRS



Es war sein herausragender Ruf als Bildungs- und Wissenschaftsgeograph, der nicht zuletzt in der Heidelberger Symposien-Reihe „Knowledge and Space“ seinen Ausdruck gefunden hat, der mich im Sommer 2007 zum Telefonhörer greifen und bei Peter Meusburger anrufen ließ, um ihn zu fragen, ob er Interesse und Zeit hätte, im Wissenschaftlichen Beirat des IRS mitzuwirken. Ohne Umschweife bekam ich seine Zusage.

Nach der Bestellung durch das Kuratorium war er von Dezember 2007 bis Dezember 2015 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des IRS; im Mai 2012 übernahm er den Vorsitz von Prof. Dr. Dietrich Henckel (TU Berlin). Auf der Sitzung im September 2015 haben wir Peter Meusburger aus dem Wissenschaftlichen Beirat verabschiedet. 2008, das erste Jahr seiner Mitwirkung, hat im Zeichen des gemeinsamen Berufungsverfahrens mit der Freien Universität Berlin zur Besetzung der Professur „Wirtschaftsgeographie“ und der Leitungsfunktion für die IRS-Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ gestanden. Peter Meusburger hat hier gleich ganz selbstverständlich in der

Berufungskommission und damit beim Generationswechsel auf der zweiten Führungsebene des IRS mitgewirkt.

Peter Meusburger war eine außergewöhnliche Forscherpersönlichkeit. Für das IRS war er in all den Jahren ein hoch geschätzter und zuverlässiger Begleiter sowie ein inspirierender Ratgeber. Er hat in vorbildhafter Weise und mit der ihm eigenen Gelassenheit gezeigt, wie die Rolle eines Distinguished Senior Professors, zu dem ihn die Universität Heidelberg erstmalig in Deutschland und nach seiner Emeritierung ernannt hat, gelebt werden kann. Mit seinem profunden Wissen und seinem reichen wissenschaftspolitischen Erfahrungsschatz, mit seiner Lebensklugheit und seinem Weitblick hat er acht Jahre lang die Entwicklung und Profilierung des IRS mitgeprägt und voller Neugier die Generierung neuer Forschungsthemen begleitet.

Dies hat seinen sichtbaren Niederschlag im Sommer 2014 in der Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats gefunden, mit einer Satzungsneuerung den Namen „Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung“ zu revidieren, weil dieser den Erkenntnisinteressen und Forschungsfeldern des IRS schon lange nicht mehr gerecht werde. Seit 2015 hat das IRS einen neuen Namen: Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung. In forschungspolitischen Fragen hat Peter Meusburger dezidiert seine Meinung geäußert und er wurde nicht müde, uns immer wieder darauf hinzuweisen, dass Qualität vor Quantität geht, und dass der wissenschaftlichen Originalität eines Beitrags ein höherer Stellenwert beizumessen sei als dessen Akzeptanz in „Zeitschriften mit Begutachtungssystem“.

Peter Meusburger war ein überaus liebenswürdiger Mensch. Jedes Gespräch mit ihm war anregend und voller Empathie. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Wissenschaftlichen Beirat haben wir Kontakt zueinander gepflegt. Das letzte Mal habe ich Peter Meusburger im August 2017 in Heidelberg getroffen. Wie immer, hat er auf meine Anfrage umgehend reagiert, diesmal mit der Nachricht, dass er vormittags in der IHK Heidelberg noch ein Treffen mit einer Gruppe von vier chinesischen Wirtschaftsgeographen habe, wir uns aber danach treffen könnten. Wie immer stand er unermüdlich in Kontakt mit der Welt und war für Heidelberg als Wissenschaftsstandort unterwegs.

Peter Meusburger ist am 18. Dezember 2017 im Alter von 75 Jahren verstorben. Zusammen mit seiner Familie haben Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft am 12. Januar 2018 in der Kirche St. Raphael in Heidelberg in einer emotional bewegenden Trauerfeier von ihm Abschied genommen.

Das IRS verdankt Peter Meusburger viel und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Theoria cum praxi als Dialog mit Politik und Gesellschaft

Als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft gehört es zum Selbstverständnis wie zum konstitutiven Auftrag des IRS, Wissenstransfer als integralen Bestandteil seiner Forschungsplanung und Forschungspraxis zu betreiben. Obgleich sich alle Leibniz-Einrichtungen unter dem Leitgedanken „theoria cum praxi“ versammeln, hat dieser doch für die 91 Institute ganz unterschiedliche Implikationen – von der Entwicklung pharmazeutischer Wirkstoffe bis hin zur Erstellung von Wirtschaftsindizes. Das IRS hat ein spezifisches Transferkonzept erarbeitet, das sich auf nationale und internationale Debatten über Transfer im Kontext der Raum- und Sozialwissenschaften stützt und den Theorie-Praxis-Nexus als vielschichtigen, reflexiven Dialog der Forschung mit Politik und Gesellschaft ausgestaltet.

Am 25. Januar 2018 veranstaltete die IRS-Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ im City Cube Berlin eine Diskussionsveranstaltung im Begleitprogramm des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung, das vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Entwicklung alljährlich im Rahmen der Grünen Woche ausgerichtet wird. Circa 100 Teilnehmer/-innen debattierten über Förderstrategien und Förderstrukturen für soziale Innovationen auf dem Land, darunter Vertreter/-innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereinen, Stiftungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen Teilen Deutschlands und sogar aus dem Ausland.

Die Veranstaltung basierte auf Forschungsergebnissen aus einem Projekt-Cluster, in dem die Abteilung seit circa drei Jahren intensiv zu sozialen Innovationen und zur Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume forscht. Die Abteilungsleiterin, Prof. Dr. Gabriela Christmann, betonte in ihrem Vortrag, dass soziale Innovationen mittlerweile einen hohen politischen Stellenwert für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen erlangt haben. Dies sei nicht zuletzt durch den Kongress „Innovationen für die Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Herbst 2016 in Berlin, an

dessen Konzeption und Durchführung sie maßgeblich beteiligt war, sichtbar geworden. Nun gehe es vor allem darum, soziale Innovationen zu erkennen, zu fördern und zu verbreiten.

Transferveranstaltungen und direkte Beratungsgespräche zwischen Wissenschaftler/-innen und Praktiker/-in-

Transfer bedeutet immer, keine Förderbänder mit Wissen in Richtung potenzieller Anwender zu bauen, sondern fortwährend und forschungsbegleitend Gelegenheiten für einen Austausch zwischen Forschung und Praxis zu schaffen.



nen sind zentrale Formate für den Wissenstransfer des IRS. Dies liegt in einer Besonderheit sozialwissenschaftlicher Themen und Forschungsansätze begründet: Anders als in naturwissenschaftlichen Disziplinen sind die Forschungsgegenstände und die Ziel-

gruppen des Wissenstransfers häufig deckungsgleich. Das IRS beforscht die wechselseitige Beeinflussung räumlicher und gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse – das soziale Handeln von Bürger/-innen sowie von Vertreter/-innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft steht im Mittelpunkt des Interesses von Forschung und Transfer.

Die Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ hat sich beispielsweise in einer Reihe von Forschungsprojekten der gesellschaftlichen Dimension der Energiewende gewidmet. Die Wissenschaftler/-innen erforschen, welchen Einfluss der technologische Wandel

auf die Organisation der Energieerzeugung und -nutzung hat. Welche Akteure – Unternehmen oder Personen – verfolgen welche Strategien? Wie verändern sich institutionelle Regelungsformen und wie können Konflikte gelöst werden? Die Antworten auf diese Fragen werden für die Forscher/-innen durch Analysen individuellen und kollektiven Handelns von Politikern, Anwohnern, neuen und alten Energieunternehmern oder Konsumenten sichtbar. Zugleich sind es genau diese Akteursgruppen, mit denen die Wissenschaftler/-innen fortwährend im Dialog stehen, um ihre Forschungsergebnisse zur Steuerung

des komplexen Prozesses Energiewende zu diskutieren.

Das Beispiel der sozialwissenschaftlichen Energiewendeforschung lässt sich direkt auf weitere Forschungsthemen des IRS übertragen. Ob neue Orte kreativer Wissensarbeit wie Labs und Coworking Spaces, sozialräumliche Marginalisierungs- und Polarisierungsprozesse in Stadtquartieren oder die Karriere des Leitbilds der autogerechten Stadt im Zentrum des Interesses stehen: Transfer bedeutet immer, keine Förderbänder mit Wissen in Richtung potenzieller Anwender zu bauen, sondern fortwährend und forschungsbegleitend Gelegenheiten für einen Austausch zwischen Forschung und Praxis zu schaffen.

Diese Reflexivität und Prozessorientierung ist daher der Kern des IRS-Konzepts für den Wissenstransfer, das im Februar 2016 mit dem Wissenschaftlichen Beirat des IRS diskutiert und verabschiedet wurde. Demnach ist „die Vermittlung von forschungsbasiertem Wissen mit Anwendern und Zielgruppen als Austausch anzulegen, im Zuge dessen wissenschaftliche Erkenntnisse kommuniziert, validiert und zugleich neue Forschungsperspektiven entwickelt werden.“ Diese Herangehensweise erfordert einen sensiblen Umgang mit dem Spannungsfeld aus Objektivität in den Analysen und Beratung auf Augenhöhe, die auf eine Reflexion und Adaption von Verhaltensweisen und Strategien sozialer Akteure abzielt. IRS-Wissenschaftler/-innen sind sich daher sehr bewusst, dass sie als Expert/-innen zum Teil jener gesellschaftlichen Wissenskreisläufe und Prozesse werden können, die sie selbst beforschen.

Auf der Basis dieses Konzepts gestalten IRS-Forscher/-innen entscheidende Dialoge und Debatten in unterschiedlichen Bereichen des politischen Mehrebenensystems mit. Auf europäischer Ebene sind sie in Expertengruppen des „Covenant of Mayors for Climate

and Energy“ sowie in „FORMAS – The Swedish Research Council for Environment, Agricultural Sciences and Spatial Planning“ (Stockholm) beratend tätig. Auf der Bundesebene sind sie im Beirat für Raumentwicklung des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie in dessen Vorsitzendenkreis tätig. Sie wirken in Expertengruppen des Umweltbundesamts sowie im Deutschen Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in „Future Earth“ mit.

Auf der Ebene der Länder beraten sie als Mitglieder einer Expertengruppe des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, im Beirat für Nachhaltige Entwicklung im Auftrag des Ministeriums für Ländliche Ent-

Ebene erbrachte das IRS insbesondere durch die Bundestransferstelle „Stadtumbau Ost“ über Jahre hinweg regelmäßige Beratungsleistungen für Bürgermeister/-innen und andere kommunale Akteur/-innen. Beratungsleistungen werden für Akteure aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, der Medienorganisationen und aus Stiftungen erbracht. Mitarbeiter/-innen des IRS wirken u.a. als Mitglieder im Beirat des Bundesverbandes der Unternehmensvereinigungen sowie im Deutschen Rat für Landespflege oder dem Kompetenzbeirat des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) für das Sendeformat „Brandenburg aktuell“ mit.

Von Oktober bis Dezember 2016 führte die IRS-Forschungsabteilung



wicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg sowie in der Mindestlohnkommission im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Zudem werden Wissenschaftler/-innen am IRS regelmäßig von Fraktionen des Bundestages und des Landtages Brandenburg angefragt und beraten – wie jüngst zum Thema Open Creative Labs – das Bundeskanzleramt zu wichtigen Herausforderungen räumlich-gesellschaftlicher Entwicklung. Auf kommunaler

„Regenerierung von Städten“ eine gemeinsam mit dem Friedrichshain-Kreuzberg-Museum (FHXB) konzipierte Weiterbildungsreihe für Multiplikatoren und Mitarbeiter/-innen von Regionalmuseen in Berlin und Brandenburg durch. In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung finanzierten Projekt „Schaufenster in eine neue Welt“ diskutierten Wissenschaftler/-innen und Praktiker/-innen, wie internationale Migration als Thema der Museumsarbeit aufgegriffen werden kann.

Die Weiterbildungsreihe steht stellvertretend für die Bestrebungen des IRS, die Palette seiner Formate des Wissenstransfers immer wieder zu variieren und zu ergänzen. Zugleich machen andere Beispiele, etwa der Transfer im Zusammenhang mit dem Drittmittelprojekt „Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch neue Organisationsformen im Energiebereich“ (EnerLOG) deutlich, dass neben Kreativität auch Diversität bei der Formatwahl wichtig ist. Die Wissenschaftler/-innen in diesem Projekt führten eine Transferkonferenz durch, hielten lokal ausgerichtete Workshops ab, führten Beratungsgespräche durch, diskutierten die Forschungsergebnisse immer wieder mit der

Der Vergleich mit anderen Instituten der Leibniz-Gemeinschaft macht eines deutlich: Wissenschaftler/-innen des IRS melden keine Patente an, haben keine Kooperationsverträge mit der Wirtschaft und gründen keine Spin-Offs für die ökonomische Verwertung von Forschungsergebnissen. Stattdessen ist die Liste von Einladungen in Expertengruppen und Kommissionen, zu direkten Gesprächen mit Abgeordneten und Interessensvertreter/-innen, Transferveranstaltungen, Praxisprojekten, Gutachten und Experten, Transfervorträgen und forschungsnahen Dienstleistungen lang. Die Ergebnisse ihrer Forschungen in gesellschaftliche Debatten einbringen zu können und damit raumwirksame soziale Prozesse nicht nur



Zukunftsagentur Brandenburg, einem Partner im Projektkonsortium, und veröffentlichten schließlich zentrale Handlungsempfehlungen in einer Broschüre für Praktiker/-innen.

zu analysieren, sondern auch gestalten zu können – dies ist im IRS die Definition von Impact. Durch die Dialoge hat Theorie eine direkte Relevanz für Praxis – ganz im Sinne von Leibniz. ■

Die Dialoggruppen für diese und alle weiteren IRS-Forschungsthemen sind weit verästelt, die Debatten tun es ihnen gleich. Über ein breites Spektrum an unterschiedlichen Formaten Zugang zu diesen Debatten zu bekommen, ist ein wesentliches Ziel des IRS-Wissenstransfers.

KONTAKT:



Prof. Dr. Heiderose Kilper
Tel. 03362 793 115
heiderose.kilper@leibniz-irs.de

Heiderose Kilper ist Direktorin des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung und Professorin für Stadt- und Regionalentwicklung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. In Ihrer Rolle als Direktorin prägt sie maßgeblich die langfristige Forschungsplanung u.a. im Hinblick auf das Zusammendenken gesellschaftlicher Relevanz und Exzellenz der Forschung.



Prof. Dr. Gabriela B. Christmann
Tel. 03362 793 299
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Gabriela Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der Technischen Universität Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen soziale Innovationen in der Stadt- und Regionalentwicklung sowie kommunikative Prozesse in der Konstruktion von Räumen.



Von nachhaltiger zu resilienter Raumentwicklung: Strategien für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Regionen

Städte und Regionen stehen durch den Klimawandel, politische Krisen, wirtschaftlichen Strukturwandel, demographische Entwicklung oder weltweiten Terrorismus vor enormen Herausforderungen, die sowohl als plötzliche krisenhafte Erscheinungen als auch schleichend als langfristiger Wandel sichtbar werden. Im Kontext dieser Entwicklungen greift das Nachhaltigkeitsprinzip als primäre Leitvorstellung raumbezogener Entwicklungspolitik zu kurz, da ihm die Annahme zugrunde liegt, dass es durch prognostisches Wissen und weitsichtiges Handeln möglich sei, Bedrohungen und Gefährdungen gar nicht erst Realität werden zu lassen. Am IRS wird – als Erweiterung und Ergänzung des Nachhaltigkeitsansatzes – Grundlagenforschung zum Verlauf von Krisen, zu Konzepten von Vulnerabilität und Resilienz sowie zu konkreten Handlungsfeldern der Raumentwicklung durchgeführt. Daraus lassen sich neue Strategien für politische und gesellschaftliche Akteure ableiten, die auf eine Erhöhung der Resilienz von Städten und Regionen abzielen und daher maßgeblich für deren Zukunftsfähigkeit sein können.

Bedrohungen und Gefährdungen stellen kein neues Phänomen dar. Naturgefahren, politische oder wirtschaftliche Krisen sowie Kriege prägen das menschliche Zusammenleben seit jeher. Dennoch hat sich unter anderem durch die Globalisierung ökonomischer, politischer und gesellschaft-

licher Prozesse eine neue Qualität von Gefährdungen eingestellt. Diese sind in einer hochvernetzten Welt multipel, sie können in unterschiedlichen Teilsystemen und Regionen gleichzeitig auftreten. Darüber hinaus stehen sie in Wechselbeziehungen zueinander und sind zum Teil von erheblicher

Komplexität. Nicht zuletzt unterliegen sie unterschiedlichen Zeitstrukturen, können also disruptiv auftreten wie beim Ausfall einer kritischen Infrastruktur oder langsam wie beim demographischen Wandel. Das IRS hat diese Entwicklungen aufmerksam verfolgt und mit dem derzeitigen

Forschungsprogramm „Seismograph und Impulsgeber“ (2015-2018) auch das Querschnittsthema „Krise und Resilienz“ etabliert. Erforscht werden sowohl die Ursachen, Dynamiken und Folgen krisenhafter Phänomene als auch Vulnerabilitäts- und Resilienzkonzepte aus räumlich-gesellschaftlicher Perspektive.

Die Grundlage dafür bildete das abteilungsübergreifende Brückenprojekt „Vulnerabilität und Resilienz in sozio-räumlicher Perspektive“ (2010-2012). Darin haben die Wissenschaftler/-innen den Forschungsstand aufgearbeitet und einen eigenen, theoretischen Ansatz entwickelt, der einen konstruktivistischen Zugang mit der Akteur-Netzwerk-Theorie und relationaler Raumtheorie verbindet. So konnten sie systematisch erforschen, wie krisenhafte, gravierende Verletzlichkeiten wahrgenommen werden, wie mit ihnen umgegangen wird und welche Resilienz-Strategien dabei entwickelt werden.

Auf der Abschlusskonferenz des Projekts, die unter dem Titel „Constructing Resilience“ im Januar 2013 stattgefunden hat wurden die Ergebnisse des Brückenprojekts bereits mit Wissenschaftler/-innen und Praktiker/-innen unterschiedlicher Handlungsfelder diskutiert. Seitdem wird zu

BMBF-Forschungsprojekt **„Resilienter Krisenumgang: Die Rolle von Beratung bei der Schaffung und Nutzung von ‚Gelegenheiten‘ in Krisenverläufen (RESKIU)“** vertieft die IRS-Forschung zu Wissenspraktiken im Kontext von Krisen und Kriseninterdependenzen. Parallel dazu haben Wissenschaftler/-innen in den Projekten **„Potsdam Research Cluster for Georisk Analysis, Environmental Change and Sustainability (PROGRESS)“** und **„Kulturelle Konstruktionen von Vulnerabilität und Resilienz (CultCon)“** Forschungen zur gesellschaftlichen Verarbeitung von Klimarisiken und zu Gefährdungen durch aquatische Phänomene durchgeführt. In den Projekten **„Post-Carbon Cities of Tomorrow (POCACITO)“** und **„Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen (ExTrass)“** wurden bzw. werden städtische Strategien für einen Wandel zu einem post-fossilen sozio-ökonomischen Modell sowie zur Resilienzsteigerung im Kontext von Extremwetterereignissen analysiert.

Was können und sollten Städte und Regionen also tun, um vorbereitet zu sein auf das dichte Gewebe aus Gefährdungen und Verletzlichkeiten? Im Diskurs über Resilienz werden hier drei Strategien unterschieden: den vor-



dieser Thematik im IRS kontinuierlich geforscht. So engagierte sich das IRS im Jahr 2013/2014 maßgeblich bei der konzeptionellen Ausgestaltung und Einrichtung des Leibniz-Forschungsverbundes „Krisen einer globalisierten Welt“. Das kürzlich gestartete

herigen Zustand eines Systems oder einer Struktur nach einer Krise wiederherzustellen (bounce back); das System im Verlauf der Krise anzupassen und neu zu justieren (adaptation); einen konstanten Zustand der Anpassungsfähigkeit zu erzielen (adaptability).

KONTAKT



Prof. Dr. Heiderose Kilper
Tel. 03362 793 115
heiderose.kilper@leibniz-irs.de

Heiderose Kilper ist Direktorin des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung und Professorin für Stadt- und Regionalentwicklung an der BTU Cottbus-Senftenberg. In Ihrer Rolle als Direktorin prägt sie maßgeblich die langfristige Forschungsplanung u.a. im Hinblick auf das Zusammendenken gesellschaftlicher Relevanz und Exzellenz der Forschung.



Prof. Dr. Gabriela B. Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Gabriela Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der TU Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen soziale Innovationen in der Stadt- und Regionalentwicklung sowie kommunikative Prozesse in der Konstruktion von Räumen.



Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 150
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Oliver Ibert ist Leiter der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ und Professor für Wirtschaftsgeographie an der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Innovationsprozesse, neue Orte der Wissensökonomie und Resilienzforschung. In seinen Forschungen beschäftigt er sich unter anderem mit dem Zusammenspiel von topologischen und territorialen Raumkonzepten.

Handlungsempfehlungen zu: Strategien für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Regionen



Redundante Infrastrukturen entwickeln

In vielen technischen Systemen wird Redundanz bereits als wichtiges Sicherheitskriterium für den Betrieb angesehen. Dahinter steht die Strategie, dass ein System auch bei Ausfall eines wichtigen Elements grundsätzlich betriebs- und funktionsfähig bleibt. Beispiele dafür sind Backup-Systeme in der IT-Infrastruktur, Ausweichstrecken für Bahn- und Autoverkehr oder Notstromaggregate in Industrieanlagen. Im Sinne einer gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Perspektive auf Resilienz sollten kritische und sensible Infrastrukturen auch über den technischen Bereich hinaus identifiziert und passende Ausfall- oder Notbetrieb-Szenarien erarbeitet werden. Wichtig ist eine öffentliche Debatte über Krisenszenarien und den Grad der Funktionserfüllung, der als wünschenswert angesehen wird. Darauf aufbauend können Redundanz und Wirtschaftlichkeit austariert werden.

Dezentralität fördern

Resilienzstrategien können häufig mit einer Priorisierung dezentraler Infrastruktur einhergehen, die weniger vulnerabel gegenüber Gefährdungen ist als zentrale Großstrukturen. Im Zuge der Energiewende findet ein solcher Wandel bereits statt, aber auch im Kontext von Raumordnungspolitik (Stärkung von Mittelzentren in ländlichen Regionen, kommunale Kooperationsräume) ist diese Strategie von Bedeutung. Die Dezentralisierung öffentlicher Einrichtungen kann sowohl ein Beitrag zu einer ausgewogenen regionalen Entwicklung sein als auch zur Stärkung der Resilienz von Städten und Regionen im sozio-ökonomischen Bereich beitragen.

„Governance of Preparedness“



Ein wichtige Voraussetzung für die Effektivität einer Resilienzstrategie ist die Kommunikation zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – im eintretenden Krisenfall, aber auch in der Vorbereitung darauf. Resilienzstrategien sollten darauf abzielen, kollaborative und kommunikative Planungsprozesse zu fördern, um Experten-Wissen hinsichtlich der Komplexität multipler Gefährdungen zu mobilisieren und zu nutzen. Es ist unabdingbar, dass die Bevölkerung zielgruppenspezifisch informiert wird oder im Notfall informiert werden kann. Dazu müssen einerseits angemessene Kommunikationsformate entwickelt als auch andererseits eine „Governance of Preparedness“ (Medd/Marvin 2005) an zentralen, koordinierenden Stellen etabliert werden. Die Stadt- und Regionalplanung wird als geeignet angesehen, um Maßnahmen für eine regelmäßige Anpassung an Gefährdungen zu koordinieren. Sie sollte die regelmäßige Erstellung von Analysen, die Definition von Resilienz-Zielen sowie die Erarbeitung und Aktualisierung von Maßnahmen koordinieren.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit

Strategien und Pläne, die auf eine gesamtgesellschaftliche Resilienzbildung abzielen, müssen die zeitlichen Dynamiken krisenhafter Phänomene reflektieren und auf neue Gefährdungslagen reagieren. Dies erfordert sowohl, langfristige Ziele und Werte nicht aus den Augen zu verlieren, als auch eine stetige Anpassung und Weiterentwicklung zu ermöglichen. Im Sinne einer möglichst weitreichenden Zukunftsfähigkeit sollte der Resilienzgedanke jedoch noch stärker als bisher Bestandteil von Planungsprozessen werden, um auch neue Herausforderungen wie den Klimawandel oder politische Bedrohungslagen in Planwerke einzuarbeiten. Dafür ist ein ständig aktualisierter Katalog identifizierter Gefährdungslagen eine wichtige Grundlage, beispielsweise für eine Resilienzprüfung, die analog zur Umweltverträglichkeitsprüfung fester Bestandteil von Planungsprozessen sein könnte.

Wissenstransfer

Ausgewählte Aktivitäten und Impacts



- September 2017
Resilienz als Strategie in Raumentwicklung und Raumordnung
Empfehlung des Beirats für Raumentwicklung für das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe, die von der IRS-Direktorin Prof. Dr. Heiderose Kilper geleitetet worden ist
- April 2017
Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten (ExTrass)
Start des BMBF-geförderten Forschungs- und Transferprojekts, unter anderem gemeinsam mit den Städten Potsdam und Würzburg
- Februar 2017
Raumwissenschaftliches Kolloquium
Mehr Engagement – Mehr Nachhaltigkeit? Städtische Transformation und zivilgesellschaftliche Initiativen
Transferveranstaltung des 5R-Netzwerks der raumwissenschaftlichen Forschungsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft, u.a. mit dem Vortrag „Die nachhaltige Stadt und ihre Bürger“ von Prof. Dr. Gabriela Christmann
- Dezember 2016
Drawing Lessons from Good City Practices: Promoting Post-Carbon Transitions
Policy Brief Nr. 6 des EU-Projekt „Post-Carbon Cities of Tomorrow“, Autorin u.a. Prof. Dr. Kristine Kern
- Februar 2016
Die resiliente Stadt in den Bereichen Infrastrukturen und Bürgergesellschaft
Gutachten im Auftrag des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit, Autor/-innen: Prof. Dr. Heiderose Kilper, Prof. Dr. Oliver Ibert und Prof. Dr. Gabriela Christmann
- November 2015
Die resiliente Stadt und ihre Bürger
Transferworkshop des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit, konzipiert durch das IRS in Zusammenarbeit mit dem Forschungsforum, u.a. mit Beteiligung von Prof. Dr. Gabriela Christmann



Schlüsselfiguren, Netzwerke und Mobilität von Wissen: Förderung von sozialen Innovationen in strukturschwachen ländlichen Regionen

Die disparate Entwicklung von Regionen ist eine der großen Herausforderungen nationaler und supranationaler Strukturpolitik. Auf der einen Seite stehen meist metropolitan geprägte Regionen mit hoher Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit, auf der anderen Seite peripherisierte ländliche Regionen mit erheblichen Strukturschwächen sowie mit einer ausgeprägten Abwanderung insbesondere junger und qualifizierter Menschen. Ein Forschungscluster in der Abteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ erforscht kreative Lösungsansätze, die gegen die Abwärtsspirale in ländlichen Regionen entwickelt worden sind, sowohl in Deutschland wie auch im europäischen Vergleich. Die Ergebnisse dieser Forschungen fließen in vielfältige Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis ein, um die Zukunftsperspektiven marginalisierter Räume zu verbessern.

In dem Forschungscluster bringen die Wissenschaftler/-innen der Forschungsabteilung zwei Begriffe zusammen, die gemeinhin nicht als eng verbunden gelten: Innovationen und ländliche Räume. Diese Regionen, insbesondere bei ausgeprägter Strukturschwäche, gelten als innovationsfern. Neue Entwicklungen und Lösungsansätze, so die seit langem verbreitete Annahme, könnten ausschließlich gegen erhebliche lokale Vorbehalte von außen herangetragen werden. Dass diese holzschnittartige Dar-

stellung nicht der Realität entspricht, ist die Grundthese der Forschungsarbeiten der Abteilung. Vielmehr würden auch in ländlichen Regionen neuartige Lösungsansätze entwickelt, die direkt auf lokale Herausforderungen und Problemlagen antworten.

Kennzeichnend seien bottom-up-Prozesse, die zunächst gar nicht als innovativ wahrgenommen würden, die bei genauerer Betrachtung aber als soziale Innovationen bezeichnet werden können. Dies trifft zum Beispiel

auf eine Bürgerinitiative zu, die leerstehende Geschäfte für Kunstprojekte nutzt und damit eine Revitalisierung der Ortsmitte einleitet, ebenso wie für den Zusammenschluss von Anwohnern und Bauern zu einer Bioenergiegenossenschaft.

Beispiele wie diese gibt es viele, so der Befund der Wissenschaftler/-innen. Sie untersuchen diese Initiativen und Projekte, indem sie die lokal-kulturellen Hintergründe, die spezifischen Akteurskonstellationen, die

sozialen Prozesse sowie die hemmenden und fördernden Faktoren für Innovationen auf dem Land analysieren. Dafür nutzen sie sozial-konstruktivistische Forschungsansätze, die insbesondere die Rolle von Kommunikation in sozialräumlichen Transformationsprozessen hervorheben, aber auch Konzepte sozialer Innovationen sowie Ansätze der neoendogenen ländlichen Entwicklung. Die Forschungen zeigen, dass Innovationen in ländlichen Regionen in einem Spannungsfeld von Vertrautem – etablierten sozial-kulturellen Gefügen, Machtverhältnissen oder Identitäten – und Neuartigem stehen. Das Neuartige knüpft oft an drängende lokale Bedürfnisse an, kann aber durch Impulse von außen maßgeblich gefördert werden. Diese Impulse können beispielsweise von neu zugezogenen Bewohnern oder Rückkehrern kommen, denen der Schritt von der Problemwahrnehmung zur Lösungsfindung aufgrund von Erfahrungen in anderen Kontexten oft leichter fällt als den Einheimischen.



Zugleich haben die Forschungen gezeigt, dass neuartige Ansätze nur entstehen können, wenn sich Einheimische der Sache annehmen. Sie sorgen dafür, dass das Neuartige an bekannte Strukturen anknüpft – ob sozial, kulturell, politisch oder administrativ. Für eine erfolgreiche Implementierung neuer Ideen ist nämlich deren Akzeptanz in den Landgemeinden enorm bedeutsam. Zu den Erfolgsfaktoren für Innovationen auf dem Land gehören in diesem

Sinne eine gute Mischung von Vertrautem und Neuartigem, die Etablierung einer offenen Kommunikation im Ort durch verschiedene kommunikative Formate und die Gewinnung bedeutender lokaler Entscheidungsträger für die Initiative. Darüber hinaus haben die Forschungen erbracht, dass Sozialunternehmen eine wichtige Akteursgruppe für die Entwicklung und Durchsetzung neuer Ideen sind, da sie soziale Innovationen gezielt im Rahmen unternehmerischen Handelns vorantreiben und eine wichtige Scharnierfunktion zwischen peripheren Landgemeinden einerseits und überregionalen Netzwerken andererseits erfüllen.

Da Erkenntnisse zu den Möglichkeiten und Bedingungen von sozialen Innovationen in ländlichen Regionen für eine Vielzahl von Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Mehrebenensystems sowie in Wirtschaft und Zivilgesellschaft relevant sind, engagieren sich die Wissenschaftler/-innen der

Forschungsabteilung für einen intensiven Austausch mit Praktiker/-innen auf allen räumlichen Skalen – von der Kommune über die Landes- und Bundesebene bis hin zu Regionen im europäischen Ausland sowie der supranationalen Ebene der Europäischen Union. Dabei werden nicht nur aus den Forschungsergebnissen abgeleitete Handlungsempfehlungen diskutiert, sondern auch neue Ideen und Impulse für die Forschung aufgenommen.

KONTAKT:



Prof. Dr. Gabriela B. Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Gabriela Christmann ist Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der Technischen Universität Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen soziale Innovationen in der Stadt- und Regionalentwicklung sowie kommunikative Prozesse in der Konstruktion von Räumen.



Dr. Tobias Federwisch
Tel. 03362 793 181
tobias.federwisch@leibniz-irs.de

Tobias Federwisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Er forscht zu sozialen Innovationen im ländlichen Raum sowie kreativen Ansätzen der gemeinschaftlichen Stadtentwicklung. Darüber hinaus ist er zertifizierter Fördermittelmanager für Unternehmen.



Dr. Ralph Richter
Tel. 03362 793 215
ralph.richter@leibniz-irs.de

Ralph Richter ist stellvertretender Leiter der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Der Soziologe forscht schwerpunktmäßig zu sozialen Prozessen der Quartiers-, Stadt- und Gemeindeentwicklung und dabei speziell zu sozialen Innovationen im Kontext marginalisierter ländlicher Regionen.

Handlungsempfehlungen zu: Förderung von sozialen Innovationen in strukturschwachen ländlichen Regionen



Möglichkeiten des Austauschs fördern

Neuartige Ideen entstehen im Rahmen eines Austauschs von Akteuren, die mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen, Zielen, Motivationen und Herangehensweisen in einen Dialog treten. Daher sollten zunächst ganz grundlegend Möglichkeiten des Zusammenkommens gefördert werden. Dies kann durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten geschehen, wie es in Polen oder Irland durch ein „Community Center“ in vielen Gemeinden der Fall ist. Auch die Otelo Genossenschaft in Österreich erkannte, welche Bedeutung offene Räumlichkeiten für einen kreativen Austausch haben und sorgte dafür, dass solche Räume neu geschaffen werden. Eine zweite Fördermöglichkeit ist es, die Organisation von moderierten kommunikativen Formaten, wie z.B. von Erzählalons, Zukunftswerkstätten oder Stammtischen, zu ermöglichen. Damit können innovations-hemmende Situationen aufgebrochen werden, denn oft reden die Menschen vor Ort nicht mehr miteinander. Die Schaffung eines kommunikativen Nährbodens ist also die erste wichtige Maßnahme in der Beförderung sozialer Innovationen.

Lokale Schlüsselfiguren gewinnen und fördern

Wichtig ist es, lokale Schlüsselfiguren zu identifizieren, die nicht nur offen für neue Ideen sind, sondern auch eine ausgeprägte Handlungsorientierung haben und vor Ort eine breite soziale Akzeptanz genießen. Sie können gefördert werden, indem sie für koordinierende Tätigkeiten in innovativen Projekten Entgelte im Sinne von Aufwandsentschädigungen erhalten. Förderungen im Rahmen von sogenannten „Dorfkümmerer“-Programmen setzen zu recht auf solche Anreize, weil damit die nötige Kontinuität in der kritischen Anfangsphase innovativer Projekte hergestellt werden kann. Dem frühzeitigen „Sterben“ von Projekten kann so vorgebeugt werden. Lokale Schlüsselfiguren benötigen zudem professionelles Wissen und müssen über Schulungen gefördert werden, sei es zu Fragen der Netzwerkarbeit, der internen und externen Kommunikation, den Umgang mit Behörden oder dem Schreiben von Förderanträgen. Eine Förderung dieser Personen besteht auch darin, dass etablierte Entscheidungsträger gezielt mit ihnen zusammenarbeiten und sie in der Öffentlichkeit unterstützen.



Soziale Netzwerke und überregionalen Austausch organisieren

Innovationen entstehen in Netzwerken. Ein einzelner Akteur allein kann nichts ausrichten. In ländlichen Regionen zeigte es sich, dass die Chance auf eine Realisierung einer neuen Idee steigt, wenn Akteure Hand in Hand arbeiten, die unterschiedliche Kompetenzen haben und sich gegenseitig ergänzen (Ideengeber, Macher, Netzwerker, Kommunikatoren, Bastler und Ressourcenbeschaffer). Dem Aufbau eines Akteursnetzwerks in diesem Sinne ist große Aufmerksamkeit zu schenken. Ein wesentliches Merkmal sozialer Innovationen ist die Rekontextualisierung von neuem Wissen und neuartigen Praktiken. Der Austausch über die lokalen Grenzen hinweg ist für die Förderung sozialer Innovationen unerlässlich. Dieser Austausch kann angeregt werden, indem sich Gemeinden an überregionalen Netzwerken beteiligen und Besuche von Initiativen, Projekten und Experten aus anderen Regionen organisieren.

Bürokratische Hürden überwinden und Experimente ermöglichen

Hemmnisse für die Umsetzung innovativer Lösungsansätze sind oft bestehende Verordnungen und starre Prozeduren auf Seiten der zuständigen Behörden. Eine Förderung könnte in dieser Hinsicht in der Einrichtung von „Innovationszonen“ erfolgen, in denen experimentell eine temporäre Suspendierung oder Modifizierung von hindernden Verordnungen und Regelungen ermöglicht wird.



Förderstrategien und –strukturen für soziale Innovationen optimieren

Es existiert eine Vielzahl finanzieller Fördermöglichkeiten, die für soziale Innovationen in ländlichen Regionen genutzt werden können. Dazu zählen beispielsweise Mittel aus Europäischen Struktur- und Investitionsfonds wie ESF oder EFRE oder aus dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“. Aus dem ESF werden regionale Implementationen finanziert wie das Investitionsprogramm „Soziale Innovationen“ in Brandenburg, während das Bundesprogramm Modellvorhaben, Zukunftswerkstätten und Wettbewerbe fördert. Trotz der Vielzahl an Möglichkeiten für eine gut dotierte Förderung stehen Akteure dennoch zum Teil vor erheblichen Herausforderungen. So werden nur einzelne Phasen eines Innovationszyklus gefördert (die Generierung neuartiger Ideen oder die Umsetzung in die Praxis oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze). Dazu kommen Vorfinanzierungsverpflichtungen, mangelnde Passfähigkeit der Förderstrukturen zu unternehmerischen Zielen und Abläufen sowie Informationsdefizite. Fördergeber auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sollten kleinteiligere und flexiblere Förderungen ermöglichen, die aber dafür längerfristig angelegt sind, mit dem gebotenen Mut für Experimente eine gewisse Ergebnisoffenheit ermöglichen und Mut zum Risiko zeigen.

Wissenstransfer Ausgewählte Aktivitäten und Impacts



- Januar 2016, 2017 und 2018

Diskussionsveranstaltungen im Begleitprogramm des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung

Seit drei Jahren beteiligt sich die Forschungsabteilung mit einer Diskussionsveranstaltung am Zukunftsforum Ländliche Entwicklung. Am 25. Januar 2018 richteten die Wissenschaftler/-innen gemeinsam mit hochrangigen Praktiker/-innen die Session „Förderstrategien und Förderstrukturen für soziale Innovationen auf dem Land“ aus. Dort kamen Wissenschaftler/-innen und Förderer/-innen zu Wort und diskutierten die Frage, auf welche vielfältige Weise neuartige Ansätze und Engagement unterstützt werden können. Einen Veranstaltungsbericht können Sie unter www.leibniz-irs.de lesen.

- Juni 2017
Soziale Innovationen und kreative Projekte in ländlichen Räumen
43. Brandenburger Regionalgespräch
- Mai 2017
Social Entrepreneurship as Driver of Change in Marginalised Rural Europe
Policy Round Table in Brüssel u.a. mit Vertreter/-innen der EU-Agrar- und Regionalpolitik
- Oktober 2016
Innovationen für den ländlichen Raum
Vortrag auf einer Tagung des Ministeriums für den ländlichen Raum Baden-Württemberg
- September 2016
Innovationen für die Gesellschaft – Neue Wege und Methoden zur Entfaltung des Potenzials sozialer Innovationen
Beteiligung an der Konzeption und der Ausrichtung des Kongresses des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Leitung der Session „Regionale Entwicklung und soziale Integration“
- 2015 und 2016
Politikberatung im Bundestag
Beratungsgespräche mit Bundestagsabgeordneten im Frühjahr 2015 und 2016 im Rahmen der Reihe „Leibniz im Bundestag“ sowie Einladung in die SPD-Bundestagsfraktion im Februar 2016



Sozialräumlicher Wandel, Konflikte und institutionelle Reformen: Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Energiewende

Der Prozess der Energiewende in Deutschland wurde angestoßen, um durch die Abkehr von einem auf fossilen und atomaren Brennstoffen beruhenden Energiesystem klimapolitische Ziele – in erster Linie die Reduktion des CO₂-Ausstoßes – und einen Atomausstieg zu erreichen. Damit ist die Energiewende in erster Linie ein politisch initiiertes technologischer Wandlungsprozess. Doch nicht nur die Technik der Energieerzeugung verändert sich, vielmehr zieht der Umstieg von Kohle, Gas und Atomkraft auf Wind-, Bio- oder Solarenergie vielschichtige sozialräumliche Wandlungsprozesse nach sich: Die Dezentralisierung der Stromerzeugung macht institutionelle Reformen notwendig, modifiziert traditionelle Akteurskonstellationen und verändert die Beziehung zwischen Räumen. Die Umsetzung der Energiewende ist daher eine gesamtgesellschaftliche raumpolitische Aufgabe. Die IRS-Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ führt in einem Cluster mehrerer Forschungsprojekte sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung durch, die wichtige Erkenntnisse darüber liefert, wie die Energiewende verläuft und wie sie raumbezogen gesteuert werden kann.

Im Fokus der Energiewendeforschung der Forschungsabteilung stehen Raumbildungsprozesse, also soziale Prozesse, die bestimmte Räume herausbilden oder prägen. Dies betrifft nicht nur die veränderten physischen Raumbezüge einer zunehmend dezentral ausgerichteten Stromerzeugung, sondern auch die Konstituierung energiepolitischer Handlungsräume, die Prägung neuer Energielandschaften

sowie den Wandel der Beziehungen von Energiepolitik und -wirtschaft. Beispiele dafür sind neue regionale Handlungsräume wie Bioenergie-regionen oder 100ee-Regionen, Experimentierräume der Energiewende zur Erprobung von Innovationen, Räume des Konflikts um den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Transformation „alter Energieräume“ wie Braunkohleregionen.

Zur Untersuchung dieser Räume und Prozesse der Energiewende haben die Wissenschaftler/-innen unterschiedliche sozialwissenschaftliche Theorieansätze herangezogen und in der 2016 veröffentlichten Buchpublikation „Conceptualizing Germany’s Energy Transition: Institutions, Materiality, Power, Space“ zusammengefasst.

Die Umsetzung der Energiewende ist Mehrebenen-Governance, so die Wissenschaftler/-innen. Dies zeige sich einerseits in politischen Prozessen, die transnationale, nationale, regionale und lokale Akteure verbinden, aber auch im vertikalen und horizontalen Zusammenwirken staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. So liegt die Zuständigkeit für die Energiewende quer zu bundespolitischen Ressortgrenzen, aber auch zu regionalen Handlungsebenen wie der Wirtschaftsförderung, der Regionalplanung und der ländlichen Entwicklungspolitik. Der sich dadurch ergebene Abstimmungsbedarf könne auch als Gestaltungschance für neue Allianzen, etwa zwischen Energiewirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft verstanden werden, so ein Fazit der Forscher/-innen.

Ein weiterer wesentlicher Befund ihrer Forschungen ist die Diversifizierung der beteiligten Akteure. Hier konstatieren sie einen Umschwung von wenigen großen und spezialisierten Akteuren – Energieunternehmen oder Stadtwerke – hin zu einer großen Vielfalt von Beteiligten mit sehr unterschiedlichen raumbezogenen Perspektiven und Interessen. Daraus ergeben sich neue Steuerungs- und Koordinationsformen, neue Verflechtungen zwischen Akteuren und Räumen und damit auch neue Machtkonstellationen und Konflikte. Diese Konflikte hat die Forschungsabteilung in dem BMBF-geförderten

Projekt „Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch neue Organisationsformen im Energiebereich (EnerLOG)“ untersucht, typisiert und in einer Transferkonferenz mit regionalen Akteuren diskutiert.

Darüber hinaus führt die Abteilung im Kontext des Leibniz-Forschungsverbundes „Energiewende“ das Drittmittelprojekt „Research Network on Energy Transitions: Bridging Disciplines to Address Core Challenges to Germany’s Energiewende (ReNew)“ durch. Es ist darauf gerichtet, drei Spannungsfelder der Energiewende zu systematisieren und zu erkunden und die jeweiligen Ergebnisse für die Fachöffentlichkeit zu vermitteln: zentrale versus dezentrale Energiesysteme, öffentliche versus private Interessen und globale versus lokale Wirkungen.

Nicht zuletzt adressiert die ARL-Arbeitsgruppe „Regionale Steuerung der Energiewende in Nordostdeutschland“, die von Dr. Ludger Gailing in Kooperation mit Dr. Petra Overwien (Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg) geleitet wird, Innovationen im Planungssystem, die sich aus praktischen Erfahrungen mit regionaler Steuerung der Energiewende in Nordostdeutschland in den vergangenen Jahren ergeben haben.



KONTAKT



Dr. Ludger Gailing
Tel. 03362 793 252
ludger.gailing@leibniz-irs.de

Ludger Gailing ist kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte umfassen Energiesysteme im Wandel, neue Energieräume und Kulturlandschaftspolitik.



Andreas Röhring
Tel. 03362 793 170
andreas.roehring@leibniz-irs.de

Andreas Röhring ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. In seiner Forschung fokussiert er sich auf die dezentralen Wirkungen der Energiewende und die Handlungsmöglichkeiten regionaler Akteure in neuen Energieräumen.

Handlungsempfehlungen zu: Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Energiewende



Handlungsräume konstituieren

Durch die Konstituierung von Energieregionen als Handlungsräume kann kooperatives Handeln regionaler und lokaler Akteure erreicht werden. Dabei geht es um regionale Wertschöpfung und Teilhabe, aber auch um Gestaltungsmöglichkeiten für eine regional angepasste Entwicklung erneuerbarer Energien. Die Initiierung und Stabilisierung von Handlungsräumen muss von regionalen Schlüsselfiguren ausgehen. Dies können Landwirte, Bürgermeister oder Vertreter neuer Energiegenossenschaften sein. Sie bedarf aufgrund ihrer Gemeinwohlorientierung auch institutioneller Unterstützung etwa durch Landkreise oder Landespolitik. Dann kann es gelingen, dass aus „Installationslandschaften“, in denen primär externe Investoren über die Ressourcen und Anlagen zur Gestaltung der Energiewende verfügen, „Gestaltungslandschaften“ werden.

Energiekonflikte nutzen

Die Umsetzung der Energiewende trifft auf der lokalen Ebene auf zahlreiche Widerstände gegen Windkraft-, Solar- und Biomasseanlagen und den Netzausbau. Um Energiekonflikte zu verstehen, ist eine gründliche Analyse durch die regionalen Akteure erforderlich. Darauf aufbauend kann durch strategisches und langfristig angelegtes Handeln erreicht werden, dass die Konflikte konstruktiv genutzt werden. Dabei geht es um die Gestaltung der Konfliktarenen und um die Schaffung neuer Organisationsformen wie die Rekommunalisierung der Energieerzeugung, die Gründung von Energiegenossenschaften oder die Konstituierung als Bioenergiedörfer. Die Erfahrung zeigt, dass Konflikte in der Praxis nur selten einem idealtypischen Verlauf folgen. Stattdessen gibt es verschiedene komplexe zeitliche Konstellationen, die einen Konflikt prägen, aber auch vielfältige Lösungsmöglichkeiten, die von den Akteuren selbst aus den bestehenden Konflikten entwickelt werden müssen.

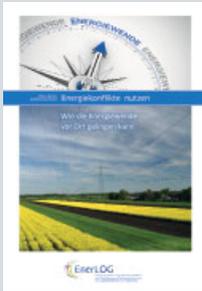


Innovationen verbreiten

Die Energiewende erfordert technologische, aber auch soziale Innovationen, die in energiepolitischen Experimentierräumen entwickelt und erprobt werden können. Um Klimaziele zu erreichen sind im weiteren Verlauf Upscaling-Strategien erforderlich, die auf einen überregionalen Austausch unter Einbeziehung des ländlichen Raumes und die Verbreitung relevanter Lösungen über Skalen hinweg ausgerichtet sind. Hier können Großstädte und Stadtregionen als Hotspots des Energieverbrauchs angesichts ihrer institutionellen Kapazitäten und ihrer internationalen Vernetzung beispielsweise im „Covenant of Mayors“ Vorreiter sein.

Wissenstransfer

Ausgewählte Aktivitäten und Impacts



- August 2016
Energiekonflikte nutzen. Wie die Energiewende vor Ort gelingen kann
Broschüre für Vertreter/Innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft
- Juni 2016
(De)zentrale Energiewende – Wirklichkeiten, Widersprüche und Visionen
Konferenz des Leibniz-Forschungsverbundes „Energiewende“, u.a. mit einer Podiumsdiskussion mit Vertreter/-innen aus der Praxis
- November 2015
Kultur-Energie-Landschaft – Erfahrungen und Perspektiven im Umgang mit Energiekonflikten
40. Brandenburger Regionalgespräch
- April 2015
Energiekonflikte nutzen. Wege, Strategien und Organisationsformen einer lokalen Energieversorgung
Transferkonferenz des Forschungsprojekts „Enerlog“ in Zusammenarbeit mit der „ZukunftsAgentur Brandenburg“ (jetzt: Wirtschaftsförderung Land Brandenburg) und „ICLEI – Local Governments for Sustainability“
- Februar 2013 - März 2014
Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin/Brandenburg, Teil 3
Durchführung von Dialogprozessen in Brandenburg und Erstellung eines Raumordnungskonzeptes zur Entwicklung von Kultur- und Energielandschaften in der Hauptstadtregion, beauftragt durch die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg



Stadtentwicklung und „autogerechte“ Verkehrsplanung: Historische Perspektiven und aktuelle Debatten

Die Mobilitäts- und Verkehrsgeschichte europäischer Städte ist vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch ein Nebeneinander von Aus- und Rückbau autogerechter Infrastrukturen gekennzeichnet. In der Verkehrsplanung für deutsche Städte sind diese scheinbar widersprüchlichen Strategien auch heute bestimmend: Auf der einen Seite wurden jüngst etwa in Ulm oder Düsseldorf große innerstädtische Magistralen rückgebaut; in Berlin soll zudem nach dem Willen des Senats der Boulevard Unter den Linden in eine autofreie Zone umgewandelt werden. Auf der anderen Seite gehört der groß angelegte Ausbau autogerechter Infrastruktur längst nicht der Vergangenheit an, wie der Weiterbau der Berliner Stadtautobahn A 100 zeigt. Die geschichtswissenschaftlichen Analysen der Historischen Forschungsstelle des IRS rekonstruieren die widersprüchliche Geschichte des Leitbilds der „autogerechten Stadt“ im 20. Jahrhundert und zeigen deren Bedeutung für aktuelle Debatten und Planungen.

Die Gleichzeitigkeit von Aus- und Rückbau macht deutlich, dass das planerische Leitbild der „autogerechten Stadt“ spätestens seit den 1970er Jahren stark an Wirkungskraft verloren hat und unter Fachleuten sowie in Teilen der Öffentlichkeit geradezu zum Feindbild wurde, die städtebauliche Praxis sich aber nicht in gleichem Maße entschieden umorientierte. Im Ergeb-

nis überwiegt heute in einer vielfach kontrovers geführten öffentlichen Diskussion die negative Beurteilung dieser „Mobilitätsarchitektur“, die eine differenzierte Bewertung des Bauerbes und der architekturhistorischen Qualität einzelner Bauwerke verhindert. Um solchen holzschnittartigen Geschichtsbildern und deren teilweise fatalen Auswirkungen in der städtebaulichen

Praxis entgegenzuwirken, forschen Wissenschaftler/-innen der Historischen Forschungsstelle des IRS seit 2015 im Projekt „Konfliktfeld autogerechte Stadt. Innerstädtische Freiraumgestaltung als Urbanisierungsstrategie seit 1945 in Ost und West“ zu diesem Thema. Sie schlagen dabei den Bogen zwischen historischen und gegenwärtigen Perspektiven sowie zwi-

schen unterschiedlichen lokalen und nationalen Entwicklungspfaden, beispielsweise in der DDR und der BRD, aber auch in Frankreich, Ungarn oder Polen. Einen Schwerpunkt bildet die Untersuchung von Automobilität und autogerechter Stadtgestaltung im Sozialismus, die bisher kaum wissenschaftlich untersucht wurden.

Zu den selbst in Fachkreisen noch verbreiteten Klischees und Pauschalurteilen zählt die angebliche „Amerikanisierung“ der europäischen Stadtplanung nach 1945. Die differenzierte Bestandsaufnahme der Bauten und der Diskussionen der 1950er bis 1970er Jahre im Rahmen des Projekts belegt jedoch, dass europäische Stadtplaner sich stärker als bisher bekannt von den amerikanischen Konzepten abgrenzten und eigene Verkehrsarchitekturen entwickelten. Dies hat Folgen für gegenwärtige denkmalpflegerische Fragen der Bewertung dieses Bauerbes. Das Projektteam hat dazu eine Datenbank sowie eine Typologie von Verkehrsinfrastrukturen erarbeitet und damit die Grundlagen dafür geschaffen, den Baubestand systematisch zu erfassen und zu bewerten. An beidem fehlt es bisher in Denkmalschutzbehörden.

Mit dem in der Historischen Forschungsstelle entwickelten Ansatz der

„Komplexen Ortsbiographien“ wird die längerfristige geschichtliche Entwicklung einzelner lokaler Stadtplätze als Teil einer transnationalen Gesellschaftsgeschichte analysiert. Dabei werden die Einflüsse der internationalen Zirkulationen von Planungswissen und soziale Aneignungsprozesse der Stadtbevölkerung in ihren Auswirkungen auf Gestaltung und Umbau dieser Räume und Architekturen entschlüsselt. Mit der gezielten Untersuchung der längerfristigen Geschichte einzelner Orte, von der Zeit vor bis zu der Zeit nach der Nutzung von Automobilen, werden die städtische Automobilität und die Bauten des 20. Jahrhunderts kritisch historisiert und ältere Raumstrukturen für heutige Planungen sichtbar gemacht.

Ein wichtiger Befund der IRS-Forschung lautet, dass die Entwicklung weniger von einer Wende von der „auto“- zur „menschengerechten“ Stadtplanung als vielmehr von einer räumlichen Polarisierung zwischen verkehrsberuhigten Zonen und Gebieten mit stark verdichtetem Verkehr bestimmt war und ist. Die Wissenschaftler/-innen haben dazu das Konzept der „Kontrasträume“ entwickelt, nach dem sich diese Polarisierung in Räumen mit stark unterschiedlichen Geschwindigkeiten, funktionaler Vielfalt und baulichem Profil materialisiert.



KONTAKT



Prof. Dr. Christoph Bernhardt
Tel. 03362 793 142
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

Christoph Bernhardt ist Leiter der „Historischen Forschungsstelle“ des IRS und außerplanmäßiger Professors für Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht schwerpunktmäßig zur Urbanisierungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, zur europäischen Stadt- und Umweltgeschichte sowie zur Geschichte Berlins. Dabei verbindet er geschichts-, raum- und sozialwissenschaftliche Forschungsperspektiven



Dr. Harald Engler
Tel. 03362 793 224
harald.engler@leibniz-irs.de

Harald Engler ist stellvertretender Leiter der „Historischen Forschungsstelle“ des IRS. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der europäischen Stadt- und Urbanisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Planungs- und Baugeschichte, insbesondere auf biographischen Zugängen zu Architekten und Planern sowie auf dem Institutionensystem des DDR-Bauwesens.

Handlungsempfehlungen zu: Historische Perspektiven und aktuelle Debatten



Sensibilität gegenüber den Widersprüchen historischer Entwicklungen und dem Wert des Bauerbes der „autogerechten Stadt“

Die Forschungen zur Karriere des Leitbildes der autogerechten Stadt verweisen darauf, dass ein erheblich differenzierterer Blick auf die Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und städtebaulichen Prioritäten im Schnittfeld von Verkehrspolitik und Städtebau notwendig ist. Diese Differenzierung kann aktuell zu fällende Entscheidungen über Erhalt, Umbau oder Abriss von Mobilitätsarchitekturen auf eine neue Grundlage stellen, indem Denkmalschutz- und Stadtentwicklungsbehörden Kriterien für eine differenzierte Bewertung einzelner Bauten und Bautypen an die Hand gegeben werden. Dabei sind neben gegenwartsbezogenen Kriterien – etwa zur Ästhetik oder Funktionalität der Bauten – auch die widersprüchliche Geschichte und die vielfältigen historischen und Raumbezüge der Bauten einzubeziehen. Dies gilt auch und gerade für eine differenzierte Erfassung des sozialistischen Bauerbes im Feld der Verkehrsarchitektur. Im Zuge einer derzeit entstehenden Memorialkultur und einer zunehmenden Wertschätzung für einzelne emblematische Bauten der Moderne, etwa Garagenbauten oder Hochstraßen, von Seiten zivilgesellschaftlicher Gruppen können solche differenzierten Positionen auch eine wichtige Rolle in öffentlichen Debatten spielen.

„Kontrasträume“ als Ausgangspunkt für neue Strategien der Autoverkehrsplanung

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Konzepte für den Autoverkehr die Regel, die aus den Grundsätzen der Charta von Athen von 1933 Empfehlungen zur strikten Funktionstrennung verschiedener Verkehrsarten formulierten und zur Entwicklung sehr unterschiedlicher, „polarisierter“ Raumtypen führten. Anzustreben ist ein Rückbau derartiger Raumstrukturen im Sinne einer kleinräumigeren Integration unterschiedlicher Verkehrsträger und Nutzungen des städtischen öffentlichen Raums. Dabei sind Verdrängungseffekte, die zum Beispiel im Zuge von Maßnahmen der Verkehrsberuhigung neue Polarisierungen erzeugen, zu vermeiden.



Historische und langfristige Perspektiven in neue Verkehrskonzepte einbeziehen

Die enorme Bedeutung von individueller und kollektiver motorisierter Mobilität für die Gestalt und Struktur von Städten überall auf der Welt ist eine vergleichsweise junge Entwicklung. In den vergangenen rund 80 Jahren haben sich mehrere Leitbilder der Stadt- und Verkehrsplanung in einer Art Pendelbewegung vom einen zum anderen Extrem abgelöst. Der Befund aus der Forschung, dass eine solche scheinbare Dichotomie in der Abfolge von der „autogerechten“ zur „menschengerechten“ Stadt nicht der Realität entspricht und entspricht, legt nahe, bei Umbauten der Verkehrsinfrastruktur keine „tabula rasa“-Politik anzustreben. Das bedeutet beispielsweise im Sinne eines historisch sensiblen Stadtumbaus, dass bei Umgestaltungsmaßnahmen sowohl historische Baubestände des „automobilen Zeitalters“ einbezogen als auch Möglichkeiten zur Rekonstruktion älterer Raumstrukturen des „vor-automobilen Zeitalters“ geprüft werden.

Wissenstransfer

Ausgewählte Aktivitäten und Impacts



- Im Erscheinen
Gastbeitrag zum Thema „Geschichte des Leitbildes Autogerechte Stadtentwicklung“
Prof. Dr. Christoph Bernhardt im Tagesspiegel
- Februar 2017
Neue Fragen zur Geschichte der autogerechten Stadt
Vortrag von Dr. Andreas Butter vor einem breiten Publikum aus Wissenschaftlern, Planern und Politikern auf dem 13. Hermann Henselmann Kolloquium mit dem Titel „100 Jahre Groß-Berlin 2020: Die Verkehrsfrage – Entwicklungsfaktoren der Großstadtregion“
- November 2016
Konfliktfeld autogerechte Stadt – Entwicklungslinien und Kontroversen 1900–1989
Vortrag von Prof. Dr. Christoph Bernhardt vor der Akademie für Weiterbildende Studien der Humboldt-Universität zu Berlin
- Oktober 2016
Stadtbild und Stadtstrukturen im Zeichen des Automobils
Online-Dossier zu ausgewählten Aus-, Um- und Rückbauprozessen städtischer Freiräume auf dem Online-Portal :: ddr-planungsgeschichte.de
- September 2015
Urban Automobility in Transition – Städtische Automobilität im Wandel
Eröffnungsabend der vom IRS ausgerichteten internationalen Konferenz mit der Public Lecture „Automobility in transition – long-term trends and current challenges“ von Prof. Dr. Andreas Knie und anschließender Diskussion mit Praktiker/-innen sowie abschließender Round Table Diskussion mit Praktiker/-innen



Fragmentiert und multi-lokal: Neue Ankerpunkte für die Arbeits- und Wirtschaftswelt

Die Arbeits- und Wirtschaftswelt ändert sich rapide – mit fundamentalen Folgen für Städte und Regionen: In vielen Branchen öffnen sich Unternehmen, um externe Impulse in Innovationsprozesse aufzunehmen („Open Innovation“). Durch neue Formen von nutzergetriebenen Innovationsprozessen treten für diese Prozesse untypische Akteure in Erscheinung und ergreifen unternehmerische Initiativen. Enthusiasten tauschen sich in digitalen und physischen Räumen über ihre Hobbys aus und entwickeln darin ein hohes Maß an Expertenwissen. Sie erkennen Nischen für neue Lösungen und Produkte, die sie erfolgreich am Markt etablieren können. Diese neuen gesellschaftlichen Prozesse sind Gegenstand von Forschungen der IRS-Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“. Wissenschaftler/-innen erarbeiten Grundlagenwissen zur Verankerung sozialer Prozesse, das für regionale Entwicklungspolitiken von hoher Relevanz ist.

Die Forschungen der Wissenschaftler/-innen – unter anderem in den Leitprojekten „Lokale Anker translokaler Wissensgemeinschaften: Neue Brennpunkte der Wissensgenerierung und ihre Territorialität“ (2015-2018) und „Quellen und Pfade der Innovation: Dynamiken der Generierung und ökonomischen Verwertung von Wissen aus räumlicher

Perspektive“ (2012-2014) – zeigen, dass Innovationsprozesse hochgradig mobil, multilokal und kollaborativ sind. Das bedeutet, dass sich das Zentrum von Innovationsprozessen räumlich verschieben kann: von dem Ort, an dem ein Problem definiert wird, über einen (anderen) Ort, an dem mögliche Lösungen prototypisch getestet werden (z.B. in einem Maker Space), und schließ-

lich hin zu einem Unternehmen, welches die Erfindung in sein Portfolio einkauft. Gleichmaßen kann an Erfindungen an mehreren Orten simultan gearbeitet werden, beispielsweise an der Programmierung von Open-Source-Software. Daraus folgt, dass einzelne Städte oder Regionen nicht alle für Innovationsprozesse notwendigen Ressourcen bereithalten

können, sondern vielmehr Ausgangspunkte, Durchgangstationen oder (temporäre) Endstationen von Innovationen sind. Innovationsorientierte regionale Entwicklungspolitiken sind erfolgversprechender, wenn sie diese Offenheit reflektieren, schließen die Wissenschaftler/-innen aus ihren Forschungsergebnissen und formulierten das Konzept der „Open Region“ zur Schaffung und Nutzung von Gelegenheiten für Innovationen.

Parallel zu den Innovationsprozessen verändern sich die Organisationsformen von Arbeit. Vor allem wissensintensive Dienstleistungen und die Kreativwirtschaft sind Projektökonomien. Für jede Leistungserbringung oder jede Bühnenproduktion werden immer wieder neue Projektverbände organisiert, mit der Folge von oft kurz-



fristig befristeten Arbeitsverhältnissen. Sogenannte a-typische Beschäftigungsverhältnisse, wie zum Beispiel Mehrfachbeschäftigungen, sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft keine Seltenheit. In der „Gig-Economy“ wird diese Flexibilisierungsschraube noch weiter gedreht: Digitale Plattformen vermitteln Aufträge an Freelancer, persönlicher Kundenkontakt ist nicht mehr notwendig. Übersetzungsleistungen, Designleistungen oder Schreivarbeiten werden weltweit vermittelt. Der physisch-reale Ort der Leistungsnachfrage und des -konsums sowie der physisch-reale Ort der Auftragsumsetzung sind in einer solchen Arbeitswelt voneinander losgelöst und physisch, aber auch kulturell und sozial voneinander distanziert – verbunden über digitale Medien.

Bestehende soziale Sicherungssysteme, wie zum Beispiel Kranken- oder Arbeitslosenversicherung oder Altersvorsorge, gleichen die Risiken solcher Arbeitskontexte nur begrenzt aus. Zudem stoßen etablierte Institutionen, beispielsweise juristische Regelsysteme (die in der Regel an Nationalstaaten gebunden sind) für Vertragsgestaltungen und deren Geltungsbereiche, ebenfalls an ihre Grenzen, was aktuelle Debatten über den Taxi- und Chauffeurservice „Uber“ eindrucksvoll untermauern. Aus der Sicht von Städten und Regionen hat dies zum Teil sehr gegensätzliche Folgen: Hohe Konzentrationstendenzen (von Arbeit und Migration) in ausgewählten urbanen Zentren, Abwanderung und deutliche demographische Umwälzungen oft in unmittelbarer Umgebung dieser Zentren.

Trotz – oder gerade wegen – dieser räumlich fragmentierten und hochgradig mobilen Innovations- und Arbeitsprozesse bedarf es räumlicher Anker, die zumindest zeitlich befristet räumliche und

organisatorische Kontexte für Arbeit, Kreativität und Experimentieren anbieten. Diese Orte untersucht die Forschungsabteilung am Beispiel von Open Creative Labs als lokale Anker für translokale Wissensgemeinschaften. Viele dieser Anker werden von den Nutzergemeinschaften selbst initiiert, zum Beispiel in Form von Experimentierlabs. Andere Anker werden von Investoreninteressen oder als Instrument der Gründungsförderung in Form von Startup Acceleratoren eingerichtet.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob – und wenn ja, in welcher Form – regionale Entwicklungspolitiken sowohl räumliche Anker als Orte des Übergangs als auch Prozesse des Verankerns fördern können und sollten.

KONTAKT



Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 150
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Oliver Ibert ist Leiter der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ und Professor für Wirtschaftsgeographie an der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Innovationsprozesse, neue Orte der Wissensökonomie und Resilienzforschung. In seinen Forschungen beschäftigt er sich unter anderem mit dem Zusammenspiel von topologischen und territorialen Raumkonzepten.



Prof. Dr. Suntje Schmidt
Tel. 03362 793 172
suntje.schmidt@leibniz-irs.de

Suntje Schmidt ist stellvertretende Leiterin der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ und Juniorprofessorin für Angewandte Wirtschaftsgeographie an der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihren Forschungsprojekten untersucht sie die räumlichen Ausprägungen von wissensgenerierenden Arrangements und von Wissensteilnahme, Unsicherheiten und Resilienzstrategien auf volatilen Arbeitsmärkten sowie offene Kreativorte für die Teilhabe an und Partizipation in wissensgenerierenden Tätigkeiten.

Handlungsempfehlungen zu: Neue Ankerpunkte für die Arbeits- und Wirtschaftswelt



Orte zur Identifikation, Formulierung und Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme bereit halten

In einer klaren Problemdefinition ist dessen Lösung bereits angelegt. Ein Problem präzise zu formulieren, ist jedoch nicht einfach, denn offensichtliche Probleme beruhen oft auf verdeckten Mechanismen. Um diese aufzudecken, bedarf es eines Kontextes, der eine Problembetrachtung aus verschiedenen, oft auch gegensätzlichen Perspektiven zulässt. Aus Sicht regionaler Entwicklung kann es sich lohnen, einen geschützten Experimentierraum anzubieten, der die Formulierung und transdisziplinäre Betrachtung wahrgenommener sozialer oder ökonomischer Problemlagen zulässt. Dies können z.B. lokale Foren sein, die lokale (Problem-)Experten mit branchenübergreifenden Fachexperten zusammenbringen.

Soziales Kuratieren von Orten

Die Einrichtung von Orten zur Identifikation, Formulierung und Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme ist anspruchsvoll: Um fruchtbare Begegnungen für die lokale Verankerung von nutzer- und problemgetriebenen Innovations- und Arbeitsprozessen zu initiieren, müssen gegensätzliche Perspektiven antizipiert und erkannt werden. Diese Orte benötigen demnach Personen, die in der Lage sind, Wissensträger und Lösungskompetenzen zu identifizieren und in Verbindung zu bringen, um gezielt überraschende Dissonanzen zu schaffen, die den Blick für neuartige und kreative Lösungen öffnen. Als soziale Kuratoren managen sie nicht nur den Ort, sondern formen die in ihm verhandelten Ideen, indem sie Begegnungsanlässe für kreativen Austausch und Lernen arrangieren.



Verfügbarkeit flexibler Arbeits- und Experimentierorte

Viele urbane Zentren und Quartiere, die mit starken Aufwertungsprozessen verbunden sind, verzeichnen einen hohen Druck auf die lokalen Immobilienmärkte, der sich aus der steigenden Nachfrage nach Standorten durch finanzkräftige Investoren und Organisationen ergibt. Aber auch für freischaffend Tätige und Startup-Unternehmer/-innen sind diese Standorte attraktiv für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten. Die so entstehende Preisspirale erschwert es Einzelunternehmern und Freelancern, eigene Arbeitskontexte außerhalb der Wohnung oder von Cafés zu finden. Unter anderem für diese Personen ist die Verfügbarkeit flexibler Arbeits- und Experimentierorte nicht allein aus Kostengründen besonders wertvoll. Vielmehr stellen „Open Creative Labs“ einen räumlichen Kontext zur Verfügung, um Gleichgesinnte zu treffen, individuell als sinnstiftend empfundenen Tätigkeiten nachzugehen, Veränderungs- und Umbruchprozesse zu bewältigen oder auch Ideen zu testen. Solche Labs sind sehr standortsensibel und lassen sich nicht einfach in kostengünstigere (Stadt-)Randgebiete verlagern. Zwar kann regionale Entwicklungspolitik nicht direkt die Preisentwicklung beeinflussen, dennoch kann und sollte sie Einfluss auf die Vergabe von Flächen nehmen und Bedingungen formulieren, nach denen eine Fläche nicht primär nach ihrem Preis, sondern basierend auf dem zu erwartenden Beitrag für die Gemeinschaft vergeben wird.

Wissenstransfer

Ausgewählte Aktivitäten und Impacts



Wissenstransfer – Ausgewählte Aktivitäten und Impacts

- Januar 2018
Innovation Hub 13 – fast track to transfer
Start des IRS-Teilprojektes „Open Region“ im Rahmen des Gesamtkonsortiums „InnoHub13“, gefördert durch die BMBF Initiative „Innovative Hochschule“ zu Förderung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Regionen
- Dezember 2017
Das Potenzial von Policy Labs als politisches Instrument
Beratungsgespräch von Prof. Dr. Oliver Ibert und Prof. Dr. Suntje Schmidt im Bundeskanzleramt
- Juni 2017
Partizipation durch Machen – Open Creative Labs als Zwischenorte für Innovationen
Abschlusskonferenz des BMBF-geförderten Drittmittelprojektes „Open Creative Labs“ zum partizipativen und innovativen Potenzial von Open Creative Labs
- Dezember 2016
Regionale Umsetzung des Clusterprozesses in Brandenburg
Transferworkshop mit Wirtschaftsförderern aus Brandenburg
- September 2015
Open Region. Leitbild für eine regionale Innovationspolitik der Schaffung und Nutzung von Gelegenheiten
Veröffentlichung des Working Papers für die Fachcommunity und die Praktiker in der Regionalentwicklung und Innovationsförderung

IRS beteiligt an erstem soziologie-geleitetem DFG-Sonderforschungsbereich „Re-Figuration von Räumen“



DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Ende November 2017 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft den Sonderforschungsbereich (SFB) „Re-Figuration von Räumen“ an der Technischen Universität Berlin bewilligt.

Der SFB hat sich zum Ziel gesetzt, die umfassenden räumlichen Neuordnungen globalen Maßstabs zu erforschen, die von einer Zunahme der globalen Zirkulation von Menschen und Gütern, der Entwicklung und Verbreitung digitaler Kommunikationstechnologien sowie dem damit verbundenen Anwachsen weltweiter Verflechtungen verursacht werden. Prof. Dr. Gabriela Christmann vom IRS ist als Mitglied des Vorstandes sowie als Sprecherin des Projektbereichs B „Räume der Kommunikation“ an dem SFB beteiligt und wird ein Teilprojekt zu digitalen städtebaulichen Planungen leiten.

In den letzten 50 Jahren haben sich globale Prozesse der sozialen, politischen und technologischen Veränderungen erheblich intensiviert. Dies findet seinen Ausdruck in weltweit gestiegenen Verflechtungen, Vernetzungen und Abhängigkeiten: Die Zirkulation von Waren und Ideen ist sprunghaft angestiegen, ebenso die Mobilität und die Migration von Menschen. Durch ortsungebundene Kommunikationstechnologien haben sich für soziale Prozesse wie den Wissensaustausch völlig neue Ausprägungen und Implikationen ergeben. Zugleich haben Gegenbewegungen zur Globalisierung signifikanten Zulauf erhalten, versinnbildlicht durch das Brexit-Votum in Großbritannien oder durch den Regionalisierungstrend in der Lebensmittelwirtschaft. Die Ausgangsthese des SFB „Re-Figuration von Räumen“ ist, dass durch diese grundlegenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse das Verhältnis von Menschen zu ihren Räumen neu verhandelt, verändert und umgestellt wird. Räume gelten als strukturierendes Element von sozialen Prozessen, sie sind zugleich Austragungsort für gesellschaftliche Konflikte und Veränderungen sowie Ressource für Entwicklungsprozesse. Ziel der Forschungen

in dem neuen SFB ist es, diese komplexen sozioräumlichen Prozesse in einem breiten Spektrum von Fachdisziplinen – Soziologie, Geographie, Architektur, Medien- und Kommunikationswissenschaft, Kunst und Planung – empirisch zu beforschen und daraus eine Theorie des gegenwärtigen Wandels der sozialen Ordnung als räumlich-kommunikative Re-Figuration zu entwickeln.

Der Begriff Re-Figuration greift das Konzept der Figuration von Norbert Elias auf und zielt auf eine prozesshafte Umformung räumlicher Anordnungen und Verflechtungen ab. Dabei werden raumbildende soziale Prozesse als kommunikative Prozesse verstanden. Unter Bezug auf Konzepte der sozialen und kommunikativen Konstruktion von Räumen werden räumliche und individuelle sowie kollektive Handlungen als untrennbar angesehen. Die Forscher/-innen des SFB legen ihrer Arbeit drei forschungsleitende Hypothesen zu Grunde: Zunächst werden Raumkonstruktionen als polykontextual angesehen, Handeln bezieht sich also immer häufiger auf mehrere Raumordnungen. Akteure stehen somit vor der Herausforderung, unterschiedlichen Raumlogiken, Skalen und Ebenen zeitgleich folgen zu müssen. Im Sinne einer zweiten Leithypothese gehen die Wissenschaftler/-innen davon aus, dass diese Polykontextualisierung in einem engen Bedingungs Zusammenhang mit der Mediatisierung kommunikativen Handelns durch digitale Kommunikationstechnologien steht. Diese Mediatisierung ermöglicht und erzwingt es, gleichzeitig sowohl aktiv und reflexiv in verschiedenen Maßstabsebenen als auch virtuell und face-to-face zu agieren. Vermittelt durch die Mediatisierung des Handelns und die Zirkulationen von Menschen, Gütern und Technologien kommt es, so die dritte Leithypothese, zu einer Translokalisierung, das heißt zu einer Koppelung verschiedener Orte.

Die Forschungen des SFB werden in den drei Projektbereichen „Raum-

wissen“, „Räume der Kommunikation“ und „Zirkulation und Ordnung“ organisiert. Darin werden unterschiedliche Facetten der Forschungsfragen adressiert, die sich auf das „Wie“ der gegenwärtig ablaufenden Re-Figuration richten. Zu den Forschungsfragen zählen unter anderem:



- Was sind die konstituierenden Merkmale der Re-Figuration?
- Welche neuen relationalen Anordnungen zu Räumen lassen sich in sozial-materiellen Handlungsvollzügen beobachten? Wie werden diese Räume aufeinander bezogen?
- Welche Rolle spielen subjektive Erfahrungen, Emotionen und Wissen, welche Rollen spielen kollektive Akteure wie Organisationen und Netzwerke? Welche Rolle spielen physisch-materielle Verfestigungen im Prozess der Re-Figuration?
- Wie steht die Veränderung des subjektiven Raumwissens im Zusammenhang mit den institutionellen Veränderungen von Räumen? Wie verändern sich damit die neuen Formen kommunikativen Handelns?
- Führt die Re-Figuration zu neuen Machtverhältnissen? Wie werden Gestaltungskompetenzen neu verteilt und wie wird Raum zur Ressource in Machtkämpfen?

Kontakt:

Prof. Dr. Gabriela B. Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Der SFB ist an der Technischen Universität Berlin angesiedelt und wird von Prof. Dr. Martina Löw (Institut für Soziologie, Fachgebiet Planungs- und

Architektursoziologie) und Prof. Dr. Hubert Knoblauch (Institut für Soziologie, Fachgebiet Allgemeine Soziologie) als Sprecher geleitet. Beteiligt am erfolgreichen Antrag sind weiterhin die Institute für Architektur und Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, das Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der FU Berlin, das Institut für Sozialwissenschaften und das Geographische Institut an der HU Berlin, das Institut für Kommunikationswissenschaft der WHU Münster und das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS).

Das IRS wird mit dem Teilprojekt „Digitale Städtische Planung: Planerisches Handeln und materiell-physische Anordnungen“ einen Beitrag zum Projektbereich „Räume der Kommunikation“ leisten, der Veränderungen kommunikativen Handelns durch Mediatisierungsprozesse und deren Implikationen für die Re-Figuration von Raum untersucht. Ziel des Teilprojekts ist es, das sich weltweit wandelnde planerische Handeln sowie Veränderungen in materiell-physischen städtebaulichen Anordnungen am Beispiel neuer digitaler Techniken und Kommunikationsmedien zu erforschen. Zu den neuen Techniken gehören unter anderem Geoinformationssysteme (GIS), Computer Assisted Design (CAD), 2D-/3D-Simulationen, Virtual Reality Modelle oder auch Tools für E-Partizipation. Untersucht werden die Mediatisierungsprozesse am Beispiel von vier Städten auf vier Kontinenten: New York City (Nordamerika/USA), Lagos (Afrika/Nigeria), Songdo (Asien/Südkorea) und Frankfurt/Main (Europa/ Deutschland).

Der Sonderforschungsbereich hat eine Laufzeit von zunächst vier Jahren (mit einer Gesamtperspektive von zwölf Jahren) und einem Gesamtvolumen von circa 8,2 Millionen Euro. Am IRS werden zwei Doktorand/-innenstellen (65%) über die Laufzeit des SFB sowie studentische Hilfskräfte, Reise- und Sachmittel finanziert. Das dem IRS bewilligte Drittmittelvolumen beträgt 376.400 Euro. ■

Neu erschienen Disaster Vulnerability and Resilience Building at the Social Margins

Vulnerabilität und Resilienz sind seit rund 50 Jahren etablierte Konzepte, um die Bedrohungen und Schutzmechanismen von unterschiedlichsten Systemen zu analysieren. Vielfältige Anwendung finden sie beispielsweise in der Erforschung von Gefährdungen durch Naturkatastrophen, aber auch in Bezug auf wirtschaftliche, politische oder soziale Krisen. Aktuelle sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Vulnerabilität und Resilienz betonen, dass Gefahren keine objektiv bestimmbar GröÙen sind, sondern Systeme – etwa Gesellschaften, Personen oder Städte – durch interne Faktoren individuell unterschiedlich vulnerabel gegenüber der „gleichen“ Gefahr sind. Ein Special Issue des „International Journal of Mass Emergencies and Disasters“, das von Prof. Margarethe Kusenbach (University of South Florida) und Prof. Dr. Gabriela Christmann (IRS) herausgegeben wurde, ermöglicht mit seinen Beiträgen nun einen detaillierten Blick auf den Zusammenhang von sozialer Marginalisierung und Gefährdung.

Umweltkatastrophen wie die verheerenden Erdbeben in Haiti im Jahr 2010 oder im Indischen Ozean 2004 führen eindrücklich vor Augen, dass spezifische soziale Aspekte einen maßgeblichen Einfluss darauf haben können, wie verletzlich Personen oder Personengruppen gegenüber Gefahren sind und welche Resilienzstrategien sie entwickeln können. Oft sind infrastrukturell schlecht ausgestattete Gemeinschaften am stärksten von Nachwirkungen betroffen. Armut und mangelhafte Bildung gelten als zusätzliche Risikofaktoren gegenüber den Folgen solcher Katastrophen.

Forschungen zeigen, dass durch soziale Ungleichheit bestimmte Personen und Personengruppen eingeschränkter Zugang zu sozio-ökonomischen Ressourcen haben und ihre begrenzte Teilhabe an ökonomischen, politischen und kulturellen Prozessen eine erhöhte Vulnerabilität und geringe Kapazitäten zur Resilienzbildung zur Folge hat. Zu den sozialen Bestimmungsfaktoren, die sich direkt auf Vulnerabilität und Resilienzbildung aus-

wirken, zählen neben Einkommen und Bildung auch Alter, ethnische, religiöse Zugehörigkeit und Geschlecht.

Kusenbach und Christmann gehen in ihrem Special Issue jedoch darüber hinaus, soziale, politische, ökonomische und kulturelle Einflussfaktoren zu katalogisieren. In ihrer Einführung betonen sie die sozialen und kommunikativen Prozesse, die einer individuellen oder geteilten Vulnerabilitätswahrnehmung zugrunde liegen und die Voraussetzung für kollektive Resilienzbildungen sind. Damit legen sie der Erforschung von Vulnerabilität und Resilienz einen sozialkonstruktivistischen Ansatz zu Grunde: Natürlichen wie sozialen Faktoren und Prozessen schreiben sie in ihrem Ansatz gleichermaßen Relevanz zu. Menschen entwickeln kollektiv geteilte Vorstellungen von Gefährdungen, die durch ihre sozio-ökonomischen Verhältnisse geprägt sind und die nicht notwendigerweise den faktischen Expositionen gegenüber natürlichen oder sozialen Gefährdungen entsprechen müssen. Dass individuelle oder geteilte Wahrnehmungen von Gefahren menschliches Handeln maßgeblich beeinflussen, haben unter anderem Studien zum Sicherheitsempfinden in Städten, aber auch zu Terrorismus gezeigt.

Das Special Issue versammelt sechs Beiträge aus unterschiedlichen Disziplinen und thematischen Zusammenhängen, um das Wissen zu sozialen Vulnerabilitäts- und Resilienzkonstruktionen insbesondere aus dem Blickwinkel sozial marginalisierter Personen zu systematisieren und zu erweitern. Die Beiträge – etwa zu Obdachlosen und Naturgefahren in Florida, zu Resilienzbildung durch Frauenförderung in Ghana oder zu Wahrnehmungen von Flutereignissen durch unterschiedliche Einkommensgruppen im Amazonasgebiet in Brasilien – zeigen anhand empirischer Beispiele aus unterschiedlichen nationalen und regionalen Kontexten die Komplexität bei der sozialen Konstruktion von Vulnerabilität und Resilienz an den gesellschaftlichen Rändern auf. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela B. Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

**Brandenburgische
Demografie-Kommission für
Schulentwicklung nimmt
Arbeit auf**

Mit der konstituierenden Sitzung am 7. November 2017 hat die vom brandenburgischen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) eingesetzte „Demografie-Kommission für weiterführende Schulen im Land Brandenburg“ ihre Arbeit aufgenommen.



Die demografische Entwicklung, die Lehrkräftesituation sowie die finanziellen Bedingungen von Land und Kommunen erfordern eine Neuausrichtung der Strukturen im Schulwesen. Das brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat deshalb die Einrichtung einer „Demografie-Kommission für weiterführende Schulen im Land Brandenburg“ beschlossen, um die für das Schulwesen zuständigen Akteure frühzeitig zusammenzubringen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Bis April 2019 soll die Kommission Vorschläge machen, wie das brandenburgische Schulsystem zukunftssicher gestaltet werden kann, so Bildungsministerin Britta Ernst. Dazu werden auch externe Gutachter/-innen konsultiert und Vergleiche mit anderen Bundesländern und Staaten herangezogen.

Die 19-köpfige Kommission, die zwischen November 2017 und April 2019 tagen wird, wird von Staatssekretär Dr. Thomas Drescher geleitet. Zu den Mitgliedern der Kommission gehören Landtagsabgeordnete, Vertreter/-innen von Bildungseinrichtungen und -behörden, des Städte- und Gemeindebundes sowie Wissenschaftler/-innen. Die Geschäftsführung leitet Dr. Tobias Federwisch, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. ■

Vor dem Hintergrund demographischen Wandels und der Lehrkräfteentwicklung im Bundesland soll die Kommission bis Mai 2019 Vorschläge für eine zukunftssichere Schulstruktur ab dem Jahr 2030 erarbeiten. Prof. Dr. Gabriela Christmann, Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“, ist Mitglied der Kommission.

Kontakt:
Dr. Tobias Federwisch
Tel. 03362 793 181
tobias.federwisch@leibniz-irs.de

+++ PRESSESPiegel +++ PRESSESPiegel +++ PRESSESPiegel +++ PRESSESPiegel +++ PRESSESPiegel +++

| | | |
|---|---|--|
| | | |
| <p>Hochwasserschutz soziologisch gedacht</p> <p>Vor 20 Jahren trat die Oder über die Ufer und verursachte eine Jahrhundertflut in Ostdeutschland und Polen. Wie Soziologen und Kommunikationswissenschaftler solche Ereignisse sehen und welche Empfehlungen sie zum Schutz ableiten.</p> <p>Gastbeitrag von Dr. Thorsten Heimann Potsdamer Neueste Nachrichten, 6.12.2017</p> | <p>Was bestimmt den Wert von Modeprodukten?</p> <p>Den Wert eines Produktes bestimmen eigentlich Angebot und Nachfrage. Bei Mode ist das anders. Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner haben erforscht, welche Faktoren ihren Wert beeinflussen – am Beispiel der Pelzbranche.</p> <p>RBB Kulturradio, 26.10.2017</p> | <p>Worte machen Mut</p> <p>Kathrin Rohnstock organisiert seit 15 Jahren Erzählalons. [...] „Über Erzählprozesse überwindet man die kollektive Lähmung und gewinnt Mut für Neues“, sagte Gabriela Christmann, stellvertretende Direktorin des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) im September bei einem Fachseminar. Christmann hat das bisher größte Erzählprojekt von Kathrin Rohnstock wissenschaftlich begleitet.</p> <p>Der Tagesspiegel, 22.1.2018</p> |

Lesetipp
Von den Rändern her denken.
Das Beispiel Berlin



Städte sind durch ihre Urbanität und verdichtete Vielfalt per definitionem Schauplätze des Nebeneinanders ungleicher Entwicklungen und weisen in Folge gesellschaftliche Fragmentierungen auf, die mit einer Hierarchisierung der Stadtstruktur in Ränder und Zentren einhergehen. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitschichte“ skizzieren Prof. Dr. Felicitas Hillmann, Dr. Matthias Bernt

und Dr. Laura Calbet i Elias mit Gentrifizierung, sozialräumlicher Polarisierung, Privatisierung und Finanzialisierung des Wohnungsbestandes sowie Diversität und Migration zentrale Trends der Stadtentwicklung des 21. Jahrhunderts am Beispiel Berlins. Dabei zeigen sie die komplexen Zusammenhänge dieser Trends sowie die Implikationen für und Interdependenzen mit Stadtpolitik auf.

Die Autor/-innen beziehen sich in ihrem Aufsatz auf von Hartmut Häußermann, Dieter Läßle und Walter Siebel identifizierte Prozesse als zentrale Herausforderungen für die Stadtentwicklung des 21. Jahrhunderts: Die mit der Globalisierung einhergehend wachsende Ungleichheit zwischen Städten und die zunehmende sozialräumliche Polarisierung in den Städten selbst, die Anerkennung und Förderung der multikulturellen Realität bis hin zu Enklaven sowie die Privatisierung der europäischen Stadt. Diese drei Prozesse (Auf- und Abwertung, Mischung, Ausverkauf) sind aktuell stärker denn je hochrelevante Gegenstände der Stadtpolitik.

Der Beitrag greift das Beispiel Berlin heraus, wo die drei beschriebenen Trends ineinander greifen und in besonderem Maße Verdrängung und Ungleichheit in der Bevölkerungsstruktur nach sich ziehen. Er konzentriert sich dabei auf den Teilaspekt des Wohnens und skizziert die Eckpunkte der aktuellen Diskussion. Folgende Themen werden in diesem Kontext diskutiert:

Gentrifizierung und sozialräumliche Polarisierung

Berlin hat in den letzten beiden Jahrzehnten eine intensive Gentrifizierungsdynamik erfahren. Diese hat sowohl zu einer innerstädtischen Aufwertung als auch zu einer Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten geführt. Die Verdrängung hat dabei sowohl eine hohe Konzentration benachteiligter Haushalte in den letzten unsanierten und preisgebundenen Beständen sowie eine wachsende Überbelegung („Residualisierung von Armut“) zur Folge als auch eine schrittweise Verdrängung in peripher gelegene Großwohnsiedlungen.

Privatisierung und Finanzialisierung von Wohnbeständen

Parallel zu dieser Entwicklung ist die Zahl von Sozialwohnungen stark zurückgegangen (von ehemals rund 350.000 auf weniger als 100.000 Wohnungen). Darüber hinaus wurden fast 100.000 kommunale Wohnungen verkauft. Die Verkäufe erfolgten häufig an internationale Finanzinvestoren, die mit stark verwertungsorientierten Bewirtschaftungsstrategien operieren. In der Folge wurden Interventionspotenziale durch die Stadtregierung geschwächt, während der Druck auf einkommensschwache Haushalte gestiegen ist.

Diversität und die richtige Mischung

Die vielfach angekündigte Auflösung der Stadt in Ghettos und Parallelgesellschaften ist nicht eingetreten. Dennoch sind einige Bevölkerungsgruppen überproportional oft an den „Rändern“ des städtischen Raums positioniert. Während in den zentralen Lagen „Diversität“ gefeiert wird und eine Kommerzialisierung von lange angelegten, migrantisch geprägten Initiativen Aufwertungsprozesse vorantreibt, werden die neu hinzukommenden Zuwanderer, insbesondere Flüchtlinge, häufig an den Rändern segregiert untergebracht. Nicht alle Stadtteile übernehmen gleichermaßen Integrationsaufgaben. ■

Der Aufsatz ist in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ erschienen, die sich in ihrer Ausgabe 48/2017 dem Thema „Stadt“ widmet und von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegeben wird.

Kontakt:
Prof. Dr. Felicitas Hillmann
Tel. 03362 793 230
felicitas.hillmann@leibniz-irs.de

Veranstaltung Missing Links – Konferenz zu Wertkonstruktionen in der Modebranche

In dem seit Juli 2015 am IRS durchgeführten Forschungsprojekt „Geographien der Dissoziation“ untersuchen Wissenschaftler/-innen Prozesse der sozialen Konstruktion von Werten am Beispiel der Pelzindustrie aus einer

lische Wertzuschreibungen zurück, etwa die Reputation der Marken, das damit zusammenhängende Lebensgefühl oder ein sozialer Status. Die Forschungen zur sozialen Konstruktion von Werten haben am Beispiel der Pelzindustrie gezeigt,



räumlichen Perspektive. Dazu rekonstruieren sie die globalen Produktionsnetzwerke von der Rohstoffproduktion bis zum Verkauf der fertigen Produkte an die Konsumenten und analysieren, wie die beteiligten Akteure in den einzelnen Produktionsschritten Einfluss auf den Wert des Endprodukts nehmen. Am 27. Oktober 2017 fand die Abschlusskonferenz des Projektes mit dem Titel „Missing Links“ in Kooperation mit der Universität der Künste (UdK) statt, auf der die Forschungsergebnisse einer internationalen Fachöffentlichkeit präsentiert sowie praktische Implikationen für die Felder Medien, Politik und Modedesign diskutiert wurden.

Woher kommt der Wert einer Ware? Wieso bezahlen Kunden für ein T-Shirt nur 4,99 € und für ein ganz ähnliches 29,99 €? Die beiden klassischen Antworten der Ökonomie greifen für die meisten Märkte nicht mehr: Weder kann die faktische Knappheit den Preisunterschied erklären (T-Shirts aller Preislagen gibt es im Überfluss) noch sind Unterschiede in investierten Arbeitsressourcen (oft werden teure Markenshirts und Discountware Seite an Seite in denselben Sweatshops hergestellt) die eindeutigen Ursachen. Die Preisdifferenzen gehen tatsächlich auf unterschiedliche symbo-

lische Werte zurück, die nicht allein über positive Assoziationen von Herstellern beeinflusst werden, sondern dass auch das Verschleiern von problematischen Aspekten – die Dissoziation – eine wesentliche Rolle spielt. Im Fall der Pelzprodukte werden Verbindungen der Produkte zu den Haltungsbedingungen der Tiere zielgerichtet beeinflusst, sowohl vonseiten der Produzenten als auch von Tierschutzorganisationen. Aber auch die Modebranche insgesamt arbeitet aktiv mit Assoziationen und Dissoziationen, letzteres beispielsweise, um den Chemikalieneinsatz oder die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiter zu verschleiern.

Im Fokus der Abschlusskonferenz stand daher, auf der Basis von Projektergebnissen (präsentiert von Dr. Felix Müller), diesen „Missing Links“, also den fehlenden Verbindungen bei der Konstruktion von Wert in der Modeindustrie, nachzugehen und sich daraus ergebende Handlungskonsequenzen in drei Praxisfeldern in jeweils einem Panel zu diskutieren. Das erste Panel adressierte Praktiker/-innen aus dem Feld der Medien, die über ihre Berichterstattung Images kreieren, aber auch aufklärerische Aufgaben erfüllen. Das zweite Panel versammelte Politikgestalter und Politikadressaten, die für

regulatorische Rahmenbedingungen der Produktion und des Konsums verantwortlich sind. Im dritten Panel diskutierten Modedesigner, die bei der Gestaltung von Mode eben nicht nur ästhetische Entscheidungen treffen,

der Modeindustrie deutlich. Die Notwendigkeit, langfristig vertrauensvolle Beziehungen zu Entscheidungsträgern der Branche zu unterhalten, halte Kritik nur in begrenztem Umfang aus. Anders als in der klassischen Tagespresse,



sondern oft unbewusst auch zugleich entsprechende Produktionsstrukturen hervorbringen. Zwei Keynotes, gehalten von Prof. Angela McRobbie (Goldsmith College, London) zu lokalen Förderstrategien des Modedesigns in London, Mailand und Berlin sowie von Dr. Valerie Steele (Fashion Institute of Technology, New York) zu Kreativ-Praktiken im Modedesign, gaben wertvolle Impulse für die Paneldiskussionen.

Die Ausweitung der Debatte um Wertkonstruktionen in der Modebranche auf die „Missing Links“ haben fruchtbare Diskussionen in allen drei Panels angeregt, so das Fazit der Organisatoren um Prof. Dr. Oliver Ibert, Dr. Jana Kleibert und Dr. Felix Müller. Die Repräsentanten der Medien betonten beispielsweise, dass Modejournalismus heutzutage mehr sein muss als bloße ästhetische Kritik oder Reproduktion der Assoziationen der Marketingabteilungen großer Modemarken. Der Anspruch vieler Journalist/-innen sei es durchaus, die Hintergründe der Branche zu beleuchten und ein breiteres Spektrum an Wertmaßstäben anzulegen. Zugleich wurde aber auch die Abhängigkeit insbesondere freier Journalist/-innen, wie Aya Noëll aus Brüssel oder Katharina Pfannkuch aus Kiel, von

etwa dem durch Laura Paddison auf dem Panel repräsentierten „Guardian“, verschwimmen in Hochglanz-Journalen redaktionelle Inhalte und Werbung zum Teil bis zur Unkenntlichkeit. Jüngere Diskussionen, die die Glaubwürdigkeit klassischer Medien generell in Frage stellen („fake news“), schwächen die Position für einen kritisch-aufklärerischen journalistischen Anspruch zusätzlich. Allerdings, so machte unter anderen Anja Aronowski Cronberg, Chefredakteurin der kritischen Online Plattform VerstoJ, deutlich, sei es völlig legitim, dass sich Modejournalismus auch und vorrangig mit Ästhetik und dem Reiz des Neuen beschäftigt.

Aus der Sicht von politischen Aktivistinnen, wie Laura Ceresna-Chaturvedi von der Clean Clothes Campaign oder Sarah Ditty von Fashion Revolution, sind die Kernprobleme der globalen Modeindustrie hinreichend bekannt. Vielmehr fehle eine regulatorische Instanz, die eine ähnliche Reichweite besitzt wie die global agierenden Unternehmen, so ein Fazit der Diskussionen im Politik-Panel. Auf nationaler Ebene seien politische Initiativen daher weitgehend auf die Kooperationsbereitschaft der Hersteller angewiesen, so die Einschätzung von Vera Baumann vom Bundesministerium für



wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Komplexität globaler Arbeitsteilung erschwere politische Interventionen zusätzlich. Komplexität könne zudem auch als Vorwand genutzt werden, nichts ändern zu müssen.

Neben Politikgestalter/-innen und Medienvertreter/-innen sind es die Modedesigner/-innen selber, die durch eine bewusster Wahl von Materialien die Widersprüche verringern können, die sich zwischen dem Wunsch von Konsumenten, sich über Mode auszudrücken, und der Verantwortung für die an der Produktion Beteiligten ergeben können. Allerdings, so wurde in der Keynote von Angela McRobbie deutlich, ist der Status der meisten Modedesigner äußerst prekär. In London sei die Förderung junger Designer stark kapitalgetrieben, was dazu führe, dass wenige Nachwuchsdesigner nach dem Prinzip „the winner takes all“ hochdotierte Förderpreise bekommen. In Mailand seien es vor allem familiäre Sicherheitsnetze, die es Designern trotz Unterfinanzierung erlaubten, sich auf dem Markt zu halten.

In Berlin hingegen sei die Offenheit anderer Berufsfelder jenseits des Modedesigns vergleichsweise förderlich für noch nicht etablierte Designer. Valerie Steele verdeutlichte in ihrer Keynote die starke Bedeutung weniger globaler Zentren in der Modebranche, wodurch alle anderen Städte allenfalls noch als Startpunkt erfolgreicher Karrieren taugten. Wie Douglas Miller, emeritierter Professor der Design School at Northumbria University, sieht Angela McRobbie die Bildung neuer Formen kollektiver Interessenvertretung jenseits der etablierten Gewerkschaften als notwendig an. Die Vermittlung von Grundlagen in der Ausbildung sei eine weitere wichtige Ressource junger Modedesigner für ihre Karriere, so Valeska Schmidt-Thomsen und Lars Paschke (UdK) auf dem abschließenden Designpanel.

Insgesamt bestätigt die Konferenz, dass die Idee einer Geographie der Dissoziation weit mehr darstelle als ein anregendes Konzept für den wissenschaftlichen Diskurs, so Prof. Dr. Oliver Ibert. Der Blick auf die fehlenden Verbindungen erschließe auch handlungsrelevantes Wissen für verschiedene Praxisfelder. Zugleich sei aber auch deutlich geworden, dass zumindest in den drei auf der Konferenz diskutierten Feldern die Handelnden selber, also die Mode-Designer, Politikgestalter und anspruchsvolle Modejournalisten, sich mitunter in so prekären Situationen wiederfinden, dass es eine große Herausforderung darstelle, das neue Wissen auch wirkungsvoll anzuwenden. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Oliver Ibert
Tel. 03362 793 150
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Dr. Felix C. Müller
Tel. 03362 793 242
felix.mueller@leibniz-irs.de

IMPRESSUM

IRS AKTUELL No 90, März 2018
ISSN 0944 7377

Herausgeber:



Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung
Flakenstraße 29-31, 15537 Erkner

Tel. 03362 793 0, Fax: 03362 793 111
E-Mail: jan.zwilling@leibniz-irs.de
www.leibniz-irs.de

Das IRS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Leitung: Prof. Dr. Heiderose Kilper

Redaktion: Jan Zwilling (v.i.S.d.P.),
Albrecht Blümel, Petra Koch

Layout: Henrika Prochnow

Bestellung von Publikationen: Tel. 03362 793 118

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten

Die Beiträge in diesem Heft entstanden in Zusammenarbeit
von Jan Zwilling und den Wissenschaftler/-innen des IRS.

Fotos:

Titelbild ©lightspring/shutterstock.com
S. 2, S. 8: ©babaroga/fotolia.de; S. 2, S. 16: ©wikimedia commons;
S. 2, S. 20: ©Bundesarchiv, Bild 183-W0512-0316 / Raphael (verehel.
Grubitzsch), Waltraud / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de/commons.wikime-
dia.org; S. 2, S. 24: ©VasyI/fotolia.de; S. 11: ©andrei310/fotolia.de; S. 13: ©
Freesurf /fotolia.de; S. 17: ©Oskar/fotolia.de; S. 21: ©Bundesarchiv, Bild 183-
1984-0823-033 / CC-BY-SA, CC BY-SA 3.0 de/commons.wikimedia.org;
S. 25: ©alphaspirit/fotolia.de; S. 27 rechts: http://innohub13.de/gesellschaft;
S. 29: © Creativa Images/fotolia.de; S. 31 oben: ©motorradcbr/fotolia.de;
li: ©Rainer Sturm/pixelio.de; Mitte: ©Viktor Mildenberger/pixelio.de;
re.: ©HansPeter Häge/pixelio.de; S. 32: ©Ingolf/flickr.com;
Grafik S. 10: ©sljubisa/fotolia.de; Grafik S. 14-26 basiert auf:
©telmanbagirov/fotolia.de;
Portraits: ©Frank Bertert: S. 7 u.; S. 9 m.; S. 13 o.; S. 21 o.; ©Thomas Ecke:
S. 17 u.; S. 21 u.; ©Ernst Fessler: S. 13 m. und u.; ©Markus Mey: S. 7 o.,
S. 9 o.; weitere Fotos: IRS und privat

Veranstaltungen Zwei Konferenzen zu sozialen Innovationen und sozialem Unternehmertum in strukturschwachen ländlichen Regionen

Die Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ hat – beginnend mit dem Forschungsprogramm 2015-2018 – ein Forschungscluster zum Themenfeld „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“ aufgebaut. Teil des Clusters, in dem die besonderen Herausforderungen strukturschwacher, marginalisierter ländlicher Regionen und kreative, innovative Lösungsmöglichkeiten im Mittelpunkt stehen, sind auch die beiden vom IRS koordinierten EU-Projekte „RurInno“ (2016-2018) und „RurAction“ (2016-2020). Sie fokussieren auf das Wirken von Sozialunternehmen in unterschiedlichen Regionen Europas und setzen auf eine strukturierte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis. Als Lead-Partner beider Projekte war das IRS federführend an der Ausrichtung zweier Projekt-Konferenzen Anfang Dezember 2017 an der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań in Polen beteiligt.

Auftakt-Konferenz des „RurAction“-Projekts

Den Auftakt bildete vom 4. bis 6. Dezember 2017 die Konferenz „Challenges and Opportunities of Structurally Weak Rural Regions in Europe. Social Innovations and Social Enterprises Acting Under Adverse Conditions“, die im Rahmen des vom IRS koordinierten European Training Networks „RurAction“ stattfand.

Die Veranstaltung schloss die erste Projektphase ab und markierte den Beginn einer dreijährigen Phase intensiver Forschung und Ausbildung. Im Mittelpunkt steht nun die Ausbildung von zehn Nachwuchswissenschaftler/-innen,

welche an Forschungseinrichtungen und in Sozialunternehmen in sieben EU-Staaten angesiedelt sind und im RurAction-Netzwerk ihre Dissertationen anfertigen. Im Rahmen der Konferenz begegneten sich die Doktorand/-innen erstmals und wurden in Workshops auf ihre Forschungsaufgaben vorbereitet.

Prägend für die Konferenz war die Integration von Erkenntnissen aus Forschung und sozialunternehmerischer Praxis. Dieser Ansatz wurde in den drei Keynote-Vorträgen deutlich, die jeweils eine thematisch fokussierte Session eröffneten. Dr. Rory Ridley-Duff von der Sheffield Hallam University (UK) präsentierte in seiner Keynote zur Session „Socio-Economic Dynamics of Rural Regions“ erste Ergebnisse des Forschungsprojekts „FairShares Lab“ und stellte den Ansatz des Forschungsnetzwerks EMES für die Erforschung sozialunternehmerischer Praxis vor. Er zeigte dabei, wie die Begriffe respektive Konzepte der Solidarität, Nachhaltigkeit und „sharing economy“ Kristallisationspunkte sozialunternehmerischen Handelns sein können. Eine zweite Keynote hielt Darren Nichols, Regionalentwickler und Geschäftsführer der Columbia River Gorge Commission in den US-Bundesstaaten Oregon und Washington. Er veranschaulichte in seinem Vortrag, wie es in einer peripheren Region mit multiplen Problemlagen durch kommunikative Überzeugungsarbeit gelang, Partikularinteressen zurückzustellen und die Entscheidungsträger einer Region mit einer Stimme sprechen zu lassen. Ansätze kollaborativer Governance waren anschließend auch ein roter Faden der Session „Rural Development Strategies and Policies“.

Wieder stärker in der Forschung verankert war die Keynote von Prof.



Dr. Marc Redepenning (Otto-Friedrich-Universität Bamberg). Angelehnt an Luhmanns Unterscheidung in räumliche Strukturen und räumliche Semantiken zeigte er, wie räumliche Semantiken zum Wandel von Räumen genutzt werden können. Diese Zuschreibung von Bedeutungen und Werten zu Räumen sei ein kritischer Prozess im Kontext von Abwärtsspiralen, aber auch von neuen Initiativen in marginalisierten ländlichen Räumen. Die zentrale These brachte Redepenning mit einem englisch-deutschen Satz auf den Punkt: „You must change Geisteshaltung to be zukunftsfähig.“

Exkursion zu einer Sozialgenossenschaft im ländlichen Polen



Den Abschluss fand die RurAction-Konferenz mit einer Exkursion am 6. Dezember 2017: Die Teilnehmer/-innen besuchten die Gemeinde Wągrowiec in der Wojewodschaft Wielkopolska nördlich von Poznań. In dieser strukturschwachen ländlichen Region sorgt eine Sozialgenossenschaft durch die geförderte Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen für eine Verbesserung von Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie mittelfristig für eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt.



Die Vertreter/-innen von Gemeinde und Genossenschaft berichteten vom Modellcharakter ihrer Initiative für andere derartige Sozialunternehmen im ländlichen Polen. An die Präsentation im Gemeindeamt schlossen sich der Besuch der Genossenschaft und ein Abendessen mit traditionellem Kulturprogramm an. Die Exkursion rundete eine Reihe von Konferenzbeiträgen ab, die einen vielschichtigen Blick auf strukturschwache Räume und soziale Innovationen in Polen warfen. Die Teilnehmer/-innen der Konferenz erhielten damit tiefe Einblicke in die Herausforderungen dieser Regionen – Abwanderung, wirtschaftliche Strukturschwäche, schlechte sowie sich verschlechternde Infrastruktur, Stigmatisierung – sowie in kreative Auswege in Form von sozialinnovativem Handeln und Sozialunternehmertum.

Final Symposium des „RurInno“-Projekts

Die zweite Konferenz fand direkt im Anschluss an den Exkursionstag am 7. und 8. Dezember statt und trug den Titel „Intermediaries in the Countryside. Social Enterprises as Drivers of Social Innovation in Rural Europe“. Dabei handelte es sich um die Abschlusskonferenz des thematisch eng verwandten EU-Projekts „RurInno“, welches nach zwei Jahren kurz vor dem Abschluss steht. Im Unterschied zur strukturierten Doktorandenausbildung bei „RurAction“ dient das im RISE-Programm finanzierte Projekt der Erforschung und der Stärkung der Innovationsfähigkeit von Sozialunternehmen durch den transdisziplinären Austausch von Sozialforschern und Sozialunternehmern. Mehrmonatige „Secondments“ führten Wissenschaftler des IRS und der Universität Linz/Österreich in ländliche Sozialunternehmen Irlands, Polens, Österreichs und Griechenlands, während die Praktiker ihrerseits für mehrere Wochen die beteiligten Forschungseinrichtungen besuchten. Auf diese Weise waren sowohl tiefgehende ethnografische Forschungen über die Arbeit der Sozialunternehmen als auch intensive gegenseitige Lernprozesse zwischen den Unternehmen untereinander sowie zwischen Forschung und Praxis möglich.

Die Abschlusskonferenz des RurInno-Projektes bot ein interaktives Forum zur Präsentation und Diskussion der gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen, wobei die Lernprozesse der Sozialunternehmer – etwa in einer Podiumsdiskussion und einem Story-Telling Café am ersten Konferenztag – gleichberechtigt neben den wissenschaftlichen Ergebnissen diskutiert wurden. Die enge Verknüpfung zwischen Forschung und Praxis im Projekt und in der Konferenz trug Früchte: Vertreter/-innen der vier am Projekt beteiligten Sozialunternehmen moderierten Sessions und diskutierten Fachvorträge der Wissenschaftler/-innen. So hinterfragte Padraig Casey vom irischen Sozialunternehmen Ballyhoura Development die in den Vorträgen wiederholte Pro-



blematisierung der Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln. Niemand stelle beispielsweise die Vergabe öffentlicher Mittel an Straßenbauunternehmen in Frage. Sozialunternehmen produzieren einen gesellschaftlichen Mehrwert und bedürften dafür staatlicher Gelder. Insgesamt, so Casey weiter, wünsche er sich von der Forschern mehr Handlungswissen und dass sich diese stärker in Governanceprozesse einbringen.

Das zweite wesentliche Ziel der Konferenz war es, die Ergebnisse des „RurInno“-Projekts mit den Forschungen in thematisch verwandten Projekten anderer Konsortien in Zusammenhang zu stellen. Neben einer Präsentation der RurInno-Wissenschaftler Dr. Ralph Richter (IRS) und Prof. Matthias Fink (Johannes Kepler Universität Linz) stellten vier Wissenschaftler/-innen ihre Forschungen zu Sozialunternehmertum und/oder sozialen Innovationen vor. Dr. Richard Pfeilstätter (Universidad de Sevilla, Spanien) gab einen Einblick in erste Ergebnisse des FAB-MOVE-Projekts, das unter anderem soziale Unternehmen in Österreich und Spanien vergleichend beforcht. Dr. Jenny Eschweiler (Roskilde University, Dänemark) stellte das sogenannte Skovsgård-Modell vor, einen dänischen Ansatz für sozio-ökonomische Inklusion und ländliche Entwicklung. Eine analytisch-systematisierende Perspektive auf Marginalisierungsprozesse in ländlichen Regionen sowie Konzepte für soziale Innovationen schlug Prof. Bettina Bock (Universität Wageningen und Groningen, Niederlande) vor. Sie bezog sich dabei unter anderem auf im IRS formulierte Konzepte der Peripherisierung von Räumen und zeichnete Eckpunkte einer „nexogenen“ Entwicklung für ländliche Regionen. Darunter versteht sie ein Entwicklungsmodell, welches ländliche Ressourcen wie Engagement und gegenseitige Unterstützung mit dem Pflegen

überlokaler Kontakte und dem Austausch von Wissen und Ideen verbindet.

Den Abschluss bildete die Vorstellung des großen Forschungsverbundes „Social Innovation in Marginalised Rural Areas“ (SIMRA) durch Dr. Robert Lukesch (ÖAR Regionalberatung GmbH). In dem Verbund arbeiten insgesamt 26 Forschungseinrichtungen, NGOs und Unternehmen an einer umfassenden Bestandsaufnahme sozialinnovativen Handelns und an Fragen des Zusammenhangs zwischen sozialen Innovationen und innovativer Governance in marginalisierten ländlichen Regionen, insbesondere im Mittelmeerraum.

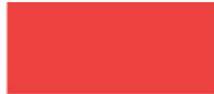
In einem letzten Statement fasste Prof. Gabriela Christmann einige wichtige Einsichten der zweitägigen Konferenz zusammen. Dazu zählte sie die Einsicht in die Diversität sozialunternehmerischer Modelle, die, wie Richter in seinem Vortrag formuliert hatte, nicht einer einzelnen „Spezies“ glichen, sondern eher einem „Zoo“ recht unterschiedlicher Individuen. Weiter hob Christmann die Erkenntnis hervor, dass sich ländliche Sozialunternehmen durch ihre Funktion als Intermediäre auszeichnen: Sie seien in der Lage, Landgemeinden mit überlokalen Netzwerken und Institutionen zu verbinden und Ressourcen für die Gemeinden zu mobilisieren. Schließlich hob sie das von Bock eingeführte Ideal der „nexogenen“ ländlichen Entwicklung hervor, wonach weder reine endogene bottom-up Initiativen ländlicher Akteure, noch reine top-down Initiativen von außen, sondern vielmehr eine Verbindung von beidem zielführend sei. Sozialunternehmen seien, da sie sich als „Intermediäre“ erwiesen haben, besonders prädestiniert dafür, nexogene ländliche Entwicklungen zu unterstützen.

Insgesamt erlebten die Teilnehmer/-innen eine inspirierende, aber auch herausfordernde Konferenzwoche, in welcher die Referent/-innen und das zu Ende gehende RurInno-Projekt dem noch jungen RurAction-Netzwerk neben Erkenntnissen auch vielversprechende Forschungsdesiderate mitgegeben haben. Dazu zählt der Bedarf an einer stärkeren Integration der in den drei Forschungsfeldern soziale Innovationen, Sozialunternehmen und ländliche Regionen erarbeiteten Konzepte, Modelle und Erkenntnisse. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Gabriela B. Christmann
Tel. 03362 793 270
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Dr. Ralph Richter
Tel. 03362 793 215
ralph.richter@leibniz-irs.de

Veranstaltung
**15. Werkstattgespräch zur
Bau- und Planungsgeschichte
der DDR**



**15.
WERKSTATT
GESPRÄCH**

zur DDR-Planungsgeschichte
18. – 19. Januar 2018



In Kooperation mit der



**Bauhaus-
Universität
Weimar**

Bau- und planungshistorische Forschungen aus einer raum- und sozialwissenschaftlichen Perspektive sind der besondere Fokus der Histori-

noch nie. In jüngerer Zeit und insbesondere in diesem Jahr sei zudem ein erfreulicher Generationswechsel unter den Wissenschaftler/-innen sichtbar geworden, so Dr. Harald Engler, einer der Organisatoren des Forums im IRS. Es träten junge, ambitionierte Forscher/-innen und andere gesellschaftliche Akteure auf den Plan, die zu der DDR-Thematik keine persönliche, sondern eine auf fachlicher Neugier beruhende Beziehung hätten. Dies würde die Debatten auf dem Werkstattgespräch, die mit Zeitzeugen und etablierten Wissenschaftler/-innen traditionell sehr lebhaft sind, um neue Perspektiven bereichern und differenzieren.

Die Debatten fokussierten sich auf dem 15. Werkstattgespräch unter anderem auf internationale Beziehungen des DDR-Bauwesens, Sonderbauten wie Schwimmbäder und Restaurants sowie auf biographische Zugänge und Netzwerke. Der Schwerpunkt auf transnationale Perspektiven stützte sich zum Teil auf Forschungen aus dem laufenden IRS-Projekt „Architekturprojekte der DDR im Ausland“, in dem Bauten, Akteure und kulturelle Transferprozesse analysiert werden. Die Diskussionen auf dem Werkstattgespräch ermöglichten einen differenzierten Blick auf das Thema: Die unterschiedlichen Kontexte – wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe, Reparationsleistungen – in denen DDR-Bautätigkeit im Ausland stattfand, wurden ebenso beleuchtet wie die Rolle des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und die vielen gescheiterten bzw. nicht realisierten Projekte. Besonders interessante Fälle stellten die Engagements des DDR-Bauwesens in Nordkorea und Syrien dar: Nach Nordkorea wurde als Teil von Reparationsleistungen der DDR an die Sowjetunion nicht nur Materiell-Gebautes exportiert, sondern auch ein institutionelles Gefüge aus Planern und Architekten inklusive einer Berufsschule für Bauwesen. In Syrien war die DDR am Neuaufbau der Zementindustrie beteiligt und es entwickelten sich in diesem Zusammenhang erstaunliche Konflikte mit dem sozialistischen „Bruderland“ Bulgarien, die ein anderes Licht auf die vermeintlich homogene Struktur der Zusammenarbeit im RGW werfen.

schen Forschungsstelle am IRS. Unter Rückgriff auf institutionen-, netzwerk- und machttheoretische Ansätze beschäftigen sich die Wissenschaftler/-innen mit Prozessen der Raumentwicklung im 20. Jahrhundert und eröffnen so neue Blickwinkel auf die Urbanisierungs- und Planungsgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Diese Perspektiven mit einer breiten Fachöffentlichkeit aus Wissenschaftler/-innen verschiedener Disziplinen, Praktikern und Zeitzeugen zu diskutieren, ist das Ziel der Werkstattgespräche zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Vom 18. bis 19. Januar 2018 fand die 15. Ausgabe dieses mittlerweile etablierten Forums am IRS statt.

Die Veranstaltung wurde organisiert von der Historischen Forschungsstelle des IRS in Kooperation mit der Professur für Baugeschichte der Technischen Universität Dresden und dem Bereich Denkmalpflege und Baugeschichte der Bauhaus-Universität Weimar. Damit waren die drei bedeutendsten Einrichtungen für bau- und planungsgeschichtliche Forschung zur DDR gemeinsam Ausrichter des 15. Werkstattgesprächs, das mit über 100 Teilnehmer/-innen so gut besucht war wie

Die Session zu Sonderbautypen zeichnete ein kontrastierendes Bild zur dominierenden Wahrnehmung des DDR-Bauerbes als stark typisiert und monoton. Insbesondere Schwimmbäder und Restaurants wiesen oft eine auffallend vielfältige Gestaltung auf und waren, im Fall der Schwimmbäder, im weltweiten

lich konnten sie teilweise eine interessante Nischenfunktion insbesondere auf dem Land für nicht so leicht typisierbare Spezialbauten ausfüllen. Darüber hinaus wurden in weiteren Vorträgen auch die biographischen Brüche vieler Planer und Architekten im Übergang von NS-Zeit zur DDR und von der DDR zum wieder-



rechts: Peter Baumbach



Vergleich sogar ihrer Zeit voraus. Bereits Ende der 1960er Jahre entwickelten DDR-Architekten Konzepte für Spaß- und Familienbäder, die auch im westlichen Ausland rezipiert wurden. In den Restaurants fanden sich viele Einzelanfertigungen in der Ausgestaltung der Gebäude, die die Monotonie mit international konkurrenzfähigem Design durchbrachen.

Ein traditioneller Fokus der Werkstattgespräche liegt auf biographischen Zugängen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Auf der diesjährigen Veranstaltung wurde unter anderem über die kleine Gruppe privater Architekten diskutiert, die in der DDR tätig waren. Ihre Rolle und Relevanz ist bisher kaum erforscht. Offensicht-

lich konnten sie teilweise eine interessante Nischenfunktion insbesondere auf dem Land für nicht so leicht typisierbare Spezialbauten ausfüllen.

Das 15. Werkstattgespräch hat gezeigt, dass das Format in seiner Kombination von Forschung, jungen Wissenschaftler/-innen, Zeitzeug/-innen aus der Planer-Community und Vertreter/-innen gesellschaftlicher Initiativen auf dem Gebiet der DDR-Denkmalkultur inzwischen fest etabliert ist, so Engler. Es ist nicht nur von großem Interesse für die Fachöffentlichkeit sowie eine breite Öffentlichkeit, sondern fungiert auch als Kommunikations- und Netzwerkforum für diese diversen Akteure. Für die historische Forschung am IRS ist die Reihe eine wertvolle Ressource für eine differenzierte Reflektion der eigenen Forschung sowie für den Diskurs mit wichtigen Akteuren außerhalb des Instituts. ■

Kontakt:
Prof. Dr. Christoph Bernhardt
Tel. 03362 793 142
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

Dr. Harald Engler
Tel. 03362 793 224
harald.engler@leibniz-irs.de

Fünfgiebelhaus und viel mehr Ausstellung über den Architekten Peter Baumbach



Im Kontext des 15. Werkstattgesprächs wurde eine Ausstellung über den Rostocker Architekten und Künstler Peter Baumbach eröffnet. Unter dem Titel „Fläche – Körper – Raum. Peter Baumbach über Gebautes, Gedachtes und Gesehenes“ werden Entwurfszeichnungen, Architekturfotos, Zeichnungen, Gemälde und Plastiken Baumbachs aus einem halben Jahrhundert gezeigt.

Peter Baumbach (geb. 1940) hat insbesondere in Rostock, zahlreiche Bauten realisiert, oft zusammen mit seiner Frau Ute. Aufmerksamkeit fand u.a. das unter seiner Leitung Mitte der 1980er Jahre in Plattenbauweise errichtete „Fünfgiebelhaus“ am Universitätsplatz, das innovativ traditionelle und künstlerische Elemente aufnahm. Bis 2005 war er Professor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

Veranstaltung Wie EU-Fördermittel kleine und mittlere Sozialunternehmen erreichen



Die Europäische Union hat eine Vielzahl von Programmen aufgelegt, über die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Fördermittel erhalten können. In der Praxis stehen insbesondere Sozialunternehmen aber vor großen Herausforderungen, diese Fördermöglichkeiten für sich nutzbar zu machen.

Dazu zählen beispielsweise Vorfinanzierungsverpflichtungen, mangelnde Passfähigkeit der Förderstrukturen zu unternehmerischen Zielen und Abläufen sowie Informationsdefizite. Wie mit diesen Herausforderungen umgegangen werden kann, war Thema eines Workshops, der am 30. November 2017 im IRS stattfand und vom IRS-geleiteten EU-Forschungsprojekt „RurInno“ gemeinsam mit

der Wirtschaftsförderung Brandenburg und dem Enterprise Europe Network ausgerichtet wurde.

Die Veranstaltung, an der 24 Wissenschaftler/-innen, Wirtschaftsförderer/-innen, Sozialunternehmer/-innen sowie Intermediäre aus Verbänden und Netzwerken teilnahmen, bot im ersten Teil einen Überblick zu den Forschungen des am IRS durchgeführten Projekts „Social Innovations in Structurally Weak Rural Regions: How Social Entrepreneurs Foster Innovative Solutions to Social Problems“ (RurInno) und stellte die unternehmerischen Aktivitäten damit in den Kontext der Entwicklung strukturschwacher ländlicher Regionen.

Im Fokus der Projektarbeit stehen sozial-, wirtschafts- und raumwissenschaftliche Forschungsperspektiven auf der einen und der unmittelbare Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis auf der anderen Seite. Projektleiter Dr. Ralph Richter von der IRS-Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ gab einen ersten Einblick in die großen Herausforderungen der Sozialunternehmen für eine Beteiligung an den EU-Förderprogrammen. Dajana Pefestorff von der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB, Enterprise Europe Network) stellte europäische Fördermöglich-

keiten und deren regionale Implementation durch das Bundesland überblicksartig vor. Ihr Kollege Dr. Matthias Kirbach (WFBB) machte am Beispiel von Förderprogrammen für soziale Innovationen und Arbeitsmarktintegration deutlich, welchen Spielraum regionale Akteure wie die Bundesländer bei der Implementation der EU-Programme haben und wie sie besondere Schwerpunkte bei der Förderung setzen können.

Im Mittelpunkt des zweiten Teils des Workshops stand ein Austausch aller Teilnehmer/-innen zur Förderung von KMU. Mit dem „Open Space“-Format, bei dem zunächst Themen für die Diskussion gesucht und diese anschließend in Gruppen mit wechselnder Zusammensetzung diskutiert wurden, konnte eine praxisnahe Sammlung von Problemen und Lösungsansätzen erstellt werden.

Die wichtigsten identifizierten Herausforderungen betrafen das Problem der Ko-Finanzierung beziehungsweise Vorfinanzierung von Projektteilen durch die Unternehmen, mögliche Unterstützungs- und Serviceleistungen bei der Beantragung und Implementierung von EU-Projekten sowie das Spannungsverhältnis von engen Vorgaben der Förderprogramme und der inhaltlichen Freiheit der von den Sozialunternehmen anvisierten Projekte. Die Teilnehmer/-innen reflektierten dabei ihre bisherige Praxis im Umgang mit diesen Herausforderungen, tauschten sich über Lösungsansätze aus und formulierten Ideen für Verbesserungen. Die Ergebnisse des Open-Space-Austauschs werden von der WFBB verschriftlicht und im Teilnehmerkreis, im RurInno-Konsortium sowie im Enterprise Europe Network verbreitet. ■

Kontakt:
Dr. Ralph Richter
Tel. 03362 793 215
ralph.richter@leibniz-irs.de

Dr. Karina Böhm
Tel. 03362 793 204
karina.boehm@leibniz-irs.de





Abgeschlossenes Promotionsverfahren

Laura Calbet i Elias, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, hat am 7. November 2017 mit der Verteidigung ihrer Doktorarbeit ihr Promotionsverfahren im Fach Planungswissenschaften an der Technischen Universität Berlin mit dem Prädikat *summa cum laude* abgeschlossen. Ihre Dissertationsschrift trägt den Titel „Spekulative Stadtproduktion. Finanzialisierung des Wohnungsneubaus im innerstädtischen Berlin“ und thematisiert den Wandel städtebaulicher Merkmale, Akteurs-

konstellationen und Geschäftsstrategien in privatwirtschaftlichen Wohnungsbauprojekten in den letzten Jahren. Die Arbeit zeigt die zunehmende Dominanz von nationalen wie internationalen Akteuren, welche die Projektentwicklung als Asset für institutionelle Investoren nutzen, sowie damit verbundene Planungsdilemmata. Das Promotionsverfahren wurde betreut von Prof. Dr.-Ing. Angela Million (TU Berlin) und Prof. Dr. Ute Lehrer (York University, Toronto, Kanada).



Neu im IRS

Anna Oechlen arbeitet seit November 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Leitprojekt der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“. Sie studierte von 2009-2013 im Bachelor Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, mit einem Auslandssemester an der University of Sussex in Großbritannien. Ihren Master absolvierte sie ebenfalls an der Humboldt-Universität in Modernen Süd- und Südostasien-

studien. Vor ihrer Tätigkeit am IRS arbeitete sie als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Gesellschaft und Transformation des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität und leitete dort im Sommersemester 2017 ein Seminar zur Stadt als ‚gendered space‘ in internationaler Perspektive. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Verflechtung von materiellen und virtuellen Räumen und subversiven Medienpraktiken.



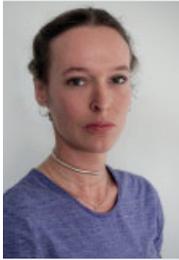
Gala Nettelblatt ist seit Januar 2018 Doktorandin in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, wo sie im DFG-Projekt „Zuwanderungsstrategien – Planungspolitiken der Regenerierung von Städten“ als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig ist. Sie studierte European Studies (BA) am King’s College London und Interdisciplinary Urban Design (MRes) an der Bartlett School of Planning, University College London, gefördert im Rahmen eines Stipendiums der Studienstiftung des deutschen

Volkes. In ihrer Masterarbeit untersuchte sie am Fall Mannheim die Implikationen der staatlichen Zuweisung von Asylbewerber/-innen auf lokale Stadtentwicklungspolitiken anhand einer ethnographische Studie der infrastrukturellen Praktiken einer Erstaufnahmeeinrichtung. Neben dem Studium war sie als Forschungsassistentin an der Development Planning Unit, University College London beschäftigt und arbeite außerdem als Projektassistentin am Haus der Kulturen der Welt.



Henning Boeth ist seit Januar 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“. Als Doktorand ist er im DFG-geförderten Projekt „Zuwanderungsstrategien – Planungspolitiken der Regenerierung von Städten“ beschäftigt. Der gelernte Reiseverkehrskaufmann studierte von 2011-2014 im Bachelor zunächst Angewandte Geographie (Schwerpunkt: Räumliche Planung und Entwicklung) an der Universität Trier. Hieran schloss sich das Masterstudium „Geographie der Groß-

stadt“ an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Arizona State University (USA) an. Im Rahmen seiner Masterarbeit erforschte er in vergleichenden Fallstudien den Einfluss von Interessensgruppen auf lokale Stadtentwicklungspolitiken in der Megaregion Arizona Sun Corridor. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle zwischen geographischer und planerischer Forschung im Zusammenspiel von Zuwanderung, Wachstumsmanagement und stadtreionaler Planung und Entwicklung.



Tjorven Harmsen ist seit Dezember 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“. Sie ist tätig als Doktorandin im BMBF-finanzierten Projekt „Resilienter Krisenumgang: Die Rolle von Beratung bei der Schaffung und Nutzung von ‚Gelegenheiten‘ in Krisenverläufen (RESKIU)“. Harmsen studierte Soziologie an den Universitäten Bremen

und Jena. Seit ihrem Masterabschluss beteiligt sie sich an der interdisziplinären Forschungsgruppe „Evolution, Complexity and Cognition (ECCO)“ der Freien Universität Brüssel (VUB) und konnte dort ihre differenztheoretischen Betrachtungen zu den Koevolutionsformen von Psyche und Gesellschaft, zuletzt in Zusammenarbeit zum Thema integraler Transzendenz, vertiefen.



Kim Trinh Quang ist seit Januar 2018 als Projektmanagerin in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ beschäftigt, wo sie das European Training Network „Social Entrepreneurship in Structurally Weak Rural Regions: Analysing Innovative Troubleshooters in Action“ (RurAction) koordiniert. Zuvor war die Europawissenschaftlerin als Koordinatorin des DFG-Graduiertenkollegs „Wicked Problems, Contested Administrations“ (WIPCAD) an der Universität Potsdam tätig. Berufserfahrung im Management von EU-Projekten erlangte sie als Projektmitarbeiterin bei der Europäischen Be-

wegung Deutschland, einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk für Europapolitik. Im Anschluss an ihr kulturwissenschaftliches Studium der European Studies (B.A.) an der Technischen Universität Chemnitz studierte Kim Trinh Quang Europäisches Regieren an der Universität Osnabrück. In ihrer Masterarbeit beschäftigte sie sich mit der Einflussnahme von Interessengruppen auf den Agenda-Setting-Prozess der Europäischen Kommission mittels Online-Konsultationen. Kim Trinh Quang vertritt Marie-Julie Jacquemot, die sich in Mutterschutz und daran anschließender Elternzeit befindet.

Zu Gast am IRS



Der polnische Architekturhistoriker **Dr. Łukasz Stanek** war vom 26. Februar bis zum 7. März 2018 zu Gast in der Historischen Forschungsstelle des IRS. Stanek ist derzeit am Manchester Architecture Research Centre der University of Manchester tätig und lehrte zuvor unter anderem an der ETH Zürich und der Graduate School of Design der Harvard University. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen der Zusammenhang von Architektur und Raumtheorie, sozialistische Architektur in globaler

Perspektive sowie die Mobilität von architekturbezogenem Wissen zwischen sozialistischen Staaten, Afrika und dem Mittleren Osten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Am IRS stand Stanek im intensiven Austausch unter anderem mit den Wissenschaftler/-innen im Projekt „Architekturprojekte der DDR im Ausland. Bauten, Akteure und kulturelle Transferprozesse“. Erörtert wurden unter anderem künftige Kollaborationen für Drittmittelprojekte, Veranstaltungen und Publikationen.

Vernetzung und Transfer



Dr. Ludger Gailing, kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“, wurde auf der Jahrestagung 2017 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) in Berlin zum Mitglied der ARL gewählt. Seine Forschungen der letzten Jahre beschäftigten sich mit den Geographien der Energiewende, mit dem institutionellen Wandel regionaler Steuerung und Planung sowie mit der gesellschaft-

lichen Konstruktion von Kulturlandschaften. Für die ARL ist er bereits u.a. als Mitglied des Arbeitskreises „Planungstheorien – Stand und Perspektiven“ sowie als Leiter der Arbeitsgruppe „Regionale Steuerung der Energiewende in Nordostdeutschland: Innovationen im Planungssystem?“ der ARL-Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern tätig.



Photo: Jozsef Bagota/shutterstock.com

22-25 May 2018

Investigating Space(s):
Current Theoretical
and Methodological
Approaches:

Part 2 – Virtuality
and Socio-Materiality

:: leibniz-irs.de/springacademy2018

In the past two decades the interdisciplinary field between spatial and social sciences has undergone an extraordinarily dynamic development with a high potential for innovation. On the one hand, many social-scientific disciplines performed a "spatial turn" and became more interested in integrating spatial concepts and terminology. On the other hand, disciplines like human geography or spatial planning, understand space less as an exclusive object of analysis and instead emphasize a "spatial perspective" as a shared ontological ground. This has opened up a broad "trading zone" within which novel conceptualizations of space and spatiality are negotiated in an inter-disciplinary field. Against this background, the Leibniz Institute for Research on Society and Space (IRS) together with different academic partners – and supported by the Volkswagen Foundation – organizes a series of three successive Spring Academies entitled "Investigating Space(s): Current Theoretical and Methodological Approaches".

Each event focuses on different aspects of the emergent thriving field. The opening event, on "Temporality and Procedurality", already took place in 2017. Part 2 on "Virtuality and Socio-Materiality" will take place from 22 to 25 May 2018. Part 3 on "Topologies" will follow in 2019.

The IRS Spring Academy (Part 2) is organized with the participation of the collaborative project "Weizenbaum Institute for the Networked Society", funded by the German Federal Ministry of Education and Research.



Supported by

